

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 4. Juli 1931

35. Jahrgang

Nummer 27

Entschiebung der freien Gewerkschaften zur gegenwärtigen Lage

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Ueberzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann.

Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Protest der Arbeiterschaft und den entschiedenen Kampf für ihre Abänderung in kürzester Zeit.

Angeichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortdauernden umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestrebungen bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung.

Die Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Uebernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Del und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Auslande kommen.

Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angeichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden.

Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die leitherrige, nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch

ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sondervorteilen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungeheure Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verfürgung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ernstlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewußte Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik;

nach der allgemeinen gesetzlichen Absperrung der Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiter führen.

Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

Zwölfte Ausschusssitzung des ADGB

Am 20. Juni im Reichswirtschaftsrat. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Leipart in ehrenvollen Worten des verstorbenen Kollegen Henke, des unermüdbaren Vorkämpfers des Bauarbeiterschutzes. Nach einigen Mitteilungen geschäftlicher und allgemeiner Art ging Leipart auf die Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchführung der Verfürgung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Die vorgesehene Maßnahmen entsprechen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Reihe von Verbänden sind vom Reichsarbeitsministerium zu Besprechungen in der nächsten Woche geladen worden. Leipart erörterte kurz die dadurch geschaffene Sachlage.

Der Bundesausschuß wird sich auch mit der Frage der Lehrlingsordnung beschäftigen müssen. Der Standpunkt der Gewerkschaften war stets, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge im Tarifvertrag geregelt werden sollen. Nun sind eine Reihe von Verbänden dazu übergegangen, nicht nur die Lehrverhältnisse, sondern auch die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge in der Lehrlingsordnung zu regeln. Zu diesem Punkte liegt eine Entscheidung vor, über die noch besonders verhandelt wird.

Nach eingehender Aussprache stellte dann der Vorsitzende in seinem Schlußwort als die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes fest, daß der Einstellungszwang auch in den Durchführungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die 40-Stunden-Woche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Stellungnahme zur allgemeinen Lage leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium unternommen habe, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Er erwähnte insbesondere den Brief, den er einige Tage vor der endgültigen Formulierung der Notverordnung an den Reichskanzler gerichtet habe. Als die Notverordnung erschienen war, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem ADGB-Bund Stellung genommen und seine Meinung in Erklärungen dargelegt, die gleichfalls in der Presse erschienen sind. Er hat seine ablehnende Haltung auch in einer Unterredung begründet, die Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister am 15. Juni gehabt haben. Leipart wies in der Unterredung insbesondere darauf hin, daß der Lohnabbau mit Hilfe der Schlichtungsorgane ununterbrochen fortgesetzt werde und daß trotzdem neue schwere Belastungen in der Notverordnung den Arbeitnehmern zugemutet würden. Es war bezeichnend, daß die Vertreter aller Gewerkschaften in ihrer absoluten Ablehnung der sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung einig waren. Von der Einberufung des Reichstags war in der ganzen Unterredung mit keinem Worte die Rede. Die christlichen Gewerkschaften hatten daher weder Anlaß noch Gelegenheit, sich in dieser Hinsicht von den freien Gewerkschaften zu distanzieren, wie in einer Korrespondenz behauptet wurde. Die Vertreter der Gewerkschaften unterließen auch nicht auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung befremdlicherweise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts siehe z. B. darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung jetzt nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch viel schärferen Maßnahmen gezwungen sein. Die Gefahr eines Zusammenbruchs

der Wirtschaft und weit größerer sozialer Not könne nur gebannt werden, wenn die Finanzen des Reichs geordnet würden. Dazu sei auch erforderlich, daß im Ausland der Einbruch vermieden werde, der Regierung sei es mit ihren Sparmaßnahmen nicht ernst. Der Reichskanzler wie die beiden anderen Minister gaben die Brutalität der Bestimmungen der Notverordnung zu, sie sei aber nicht zu vermeiden gewesen und sie könnten sich jetzt nicht auf überhäufte Änderungen einlassen, die ja nicht nur von Seiten der Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien gefordert würden, sondern auch von ihren Gegnern.

Die Notverordnung ist in Kraft getreten. Was ist nun weiter zu tun? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gewiß keine Zeit verstreichen lassen, entsprechend der in letzter Stunde vom Reichskanzler gegebenen Zusicherung, in eine Beratung über Änderung von Einzelheiten einzutreten, diese Verhandlungen möglichst bald aufzunehmen. Die Frage ist, in welcher Form die Gewerkschaften ihre Forderungen auf Abänderung der Notverordnung am wirksamsten vertreten und am schnellsten durchsetzen können. Leipart schloß seine Ausführungen ab mit der eingehenden Begründung der Entscheidung, die der Bundesvorstand vorlegt.

In der Debatte kam in den Reihen der Verbandsvertreter die einmütige, schärfste Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck. Nachdrücklich wurden von allen Rednern die geradezu unerträglichen Eingriffe in das Tarifrecht hervorgehoben, die insbesondere die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter treffen. In Berlin z. B. tritt für den Handwerker in Gemeindebetrieben eine Stundenlohnsetzung von 27 Pfennig, in Solingen gar eine von 37 Pfennig ein. Wenn diese Kürzungen durchgeführt würden, so sind für die öffentlichen Betriebe die größten Befürchtungen berechtigt. Es kann nicht geduldet werden, daß einfach auf dem Weg des Diktats eine solche Lohnsenkung unter dem Vorwand eines angeblich notwendigen Ausgleichs durchgeführt wird. Die Einwirkungen auf die gemischt-wirtschaftlichen Betriebe und auf die Privatindustrie würden nicht ausbleiben. Die Lohnsenkungen werden sich erst voll auswirken, wenn später eine Arbeitszeitverkürzung durchgeführt wird. Erst sollen die Löhne gesenkt werden, um dann bei der Arbeitszeitverkürzung diese niedrige Lohnbasis festhalten zu können.

Für die Bauarbeiter schafft die neue Notverordnung ein neues Ausnahmerecht, das alle bisherigen Maßnahmen, die in den letzten Jahren in gleicher Richtung gingen, noch überbietet. Die Bauarbeiter können heute kaum damit rechnen, auch nur den vierten Teil des Jahres beschäftigt zu sein. Unter diesen Verhältnissen wäre auch der höchste Lohn nicht ausreichend, die Bauarbeiter und ihre Familien zu erhalten.

Von allen Seiten wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen besteuert werden, widerspricht dem Geist der Verfassung mindestens so schroff wie die Kürzung der hohen Pensionen ihrem Buchstaben.

Als eine besondere Ungerechtigkeit wurde festgestellt, daß das Reich den Tabakarbeitern, die infolge der Reichssteuergesetzgebung arbeitslos geworden sind, die Sonderunterstützung ohne weiteres entziehe. Wenn das Reich Arbeiter einer so langen Arbeitslosigkeit überantwortet, so muß es auch dafür sorgen, daß sie ihr Leben fristen können. Auch die Bestimmungen der Notverordnung über jugendliche Arbeiter treffe die Tabakarbeiter besonders schwer, da zu ihr eine sehr große Zahl jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen gehören. Von 142 000 Arbeitern werden nach den neuen Bestimmungen 82 900 arbeitslos und ohne jede Unterstützung sein.

Die finanzielle Notlage, die noch nicht überwunden ist, und verschärft wurde durch die politische Krise, wäre durch den Sturz der Regierung sicher überaus schwierig geworden. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will. Ihr Sinn war, eine weitere Erschütterung des deutschen Kreditwesens zu vermeiden,

eine Gefährdung der Währung zu verhindern. Es galt eine schlimmere Situation zu verhüten. Greifbare Kredite für das Kapital bedeuten in der heutigen Situation Arbeit für die Arbeiter. Das müssen auch die Arbeiter auf die Dauer einsehen. Ebenso wie sie einsehen müssen, daß bei 5 Millionen Arbeitslosen die Abwehrmittel der Arbeiterorganisationen begrenzt sind. Die sozialpolitischen und lohnpolitischen Gefahren, die eine durch die Ablehnung der Notverordnung hervorgerufene politische Krise heraufbeschworen hätten, wären unvergleichlich schlimmer. Niemand kann das bestreiten. Die Gewerkschaften haben beim Lohnabbau wie durch ihre Entscheidung in der letzten Woche Schlimmeres verhütet. Denn manche Länder und noch vielmehr Gemeinden standen vor der Situation, nicht mehr ihre Beamten bezahlen, nicht mehr ihre Renten auszahlen zu können. Das wäre eine finanzielle, eine wirtschaftliche, eine politische Katastrophe gewesen. Gewiß, die Solidarität der Arbeiter ist die stärkste und beste Waffe. Diese Solidarität mit einem Schläge einzulegen, wäre indesbar auch eine Möglichkeit gewesen, die zum Erfolge hätte führen können. Tatsächlich sind aber außerparlamentarische Waffen in der heutigen Situation schwer anwendbar. Die Frontscheidung in Besitzende und Nichtbesitzende ist heute keine so klare, wie manche Heißspornen denken. Denn innerhalb der großen und wachsenden Schicht der Nichtbesitzenden und Abhängigen bestehen so starke Gegensätze, daß an ein gemeinsames Vorgehen nicht zu denken wäre. Weder die Kommunisten noch die deklarierten Mittelschichten würden mit der organisierten Arbeiterschaft sich zu gemeinsamem Kampf zusammenschließen.

Auch heute ist die finanzielle Situation noch keineswegs gesichert. Die Devisenabzüge haben sich in den letzten Tagen wieder gesteigert. Die Maßnahmen, die die Reichsbank in dieser Situation ergriffen hat und ergreifen kann, sind ihrem Wesen nach zweischneidiger Natur. Immerhin wächst im Ausland das Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands. Gewisse Anzeichen von Hilfsbereitschaft sind vorhanden. Aber einmal ist die Berichterstattung über die Vorgänge in Deutschland in der ausländischen Presse sehr ungünstig und steigert das Mißtrauen, dann aber ist es mit der bloßen Hilfsbereitschaft allein nicht getan. Auch die amerikanischen Banken sind in keiner so günstigen Lage. Das gleiche gilt in noch höherem Maße für England. Es gilt am wenigsten für Frankreich. Daher wurde in der Debatte von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß Frankreich vielleicht am ehesten für die Gewährung langfristiger Kredite in Betracht kommen könne.

Am Schluß der Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgelegte Entscheidung vom Bundesausschuß einmütig angenommen.

In seinem Schlußwort sprach Leipart der Sozialdemokratischen Partei den Dank der Gewerkschaften für den moralischen Mut aus, den sie in den Stunden schwerster politischer Entscheidungen gezeigt hat.

Die Schicksalsgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die sich in den letzten Wochen in einer der großen Traditionen beider Zweige der Arbeiterbewegung würdigen Weise bewährt hat, wird sich auch den kommenden Zeiten gewachsen erweisen.

Ueber Schaffung von Lehrlingsordnungen, eine Frage, die für Lehrlinge und Gewerkschaften gleich wichtig ist, sprach Schlimme. Schlichter (Holzarbeiterverband) vertritt die Auffassung, daß alle sozialen Bestimmungen für die Lehrlinge durch die Gewerkschaften in Tarifverträgen geregelt werden müssen.

Zur weiteren Klärung der aufgeworfenen Streit- und Zweifelsfragen wurde vom Bundesausschuß beschlossen, den Bundesvorstand zu beauftragen, mit den interessierten Gewerkschaften weiterzuerhandeln und über das Ergebnis der Beratungen in der kommenden Bundesausschusssitzung Bericht zu erstatten.

„Was steht auf dem Spiele?“

Diese Frage, die sich wahrscheinlich jeder einsichtige erwachsene Arbeiter, besonders nach Bekanntwerden der Notverordnung gestellt hat, wird in der „Holzarbeiterzeitung“ vom 27. Juni auch von Fritz Tarnow aufgeworfen und beantwortet. Jedenfalls wird unsere Verbandsmitglieder ohne Ausnahme interessieren, wie dieser bekannte, sachkundige Gewerkschaftler und Politiker die Lage schildert. Wir empfehlen deshalb den Kollegen eingehendes Studium des nachstehenden Artikels aus der „Holzarbeiterzeitung“.

Nicht nur die politische Atmosphäre, auch die finanzielle und ökonomische ist mit Hochspannung geladen. Die fürchterlich schwere und anhaltende Krise hat alle öffentlichen Staatsüber den Haufen geworfen. Alle Einnahmen sind stark zurückgegangen, und die sozialen Ausgaben wachsen und wachsen. Das Defizit des Reiches, der Länder und Gemeinden wird jetzt für das laufende Jahr auf 2 1/2 Milliarden Reichsmark beziffert. Verschlimmert sich die Wirtschaftslage noch mehr, müssen die Defizite noch höher steigen.

Selbstverständlich muß die Regierung Maßnahmen zur Ausgleichung des Defizits treffen, denn sie kann nicht lebenden Augen in den Staatsbankrott hineintreiben. Wie sie es in der Notverordnung versucht hat, das ist von so aufreißender sozialer Ungerechtigkeit, daß kein Wort darüber zu stark sein kann. In der letzten Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ ist das Wesentliche darüber gesagt worden.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben sich auf das angestrengteste bemüht, die Regierung zu einer Abänderung wenigstens der unerträglichsten Bestimmungen zu veranlassen. Mit Ausnahme der Zusicherungen, daß auf dem Verwaltungswege für die Jugendlichen und für die Gemeindefunktionäre die größten Härten beseitigt werden sollen, sind diese Bemühungen erfolglos geblieben.

Die Regierung wies darauf hin, daß ja ohnedem der finanzielle Ertrag der Notverordnung nur 1 1/2 Milliarden betrage und also immer noch nicht einmal das vorhandene Defizit abdecke. Sie wies weiter darauf hin, daß auch von Rechts der bestmögliche Sturm gegen die Notverordnung eingeleitet habe, weil diese Kreise einen noch viel brutaleren Abbau der sozialen Leistungen kategorisch fordern. Tatsächlich hatte ja auch sogar die sozialparteiliche Reichstagsfraktion, obwohl sie zur Regierungskoalition gehört, bereits den Beschluß gefaßt, die Einberufung des Reichstages zu fordern, um die Notverordnung und die Regierung zu Fall zu bringen, selbstverständlich mit dem Ziele einer reaktionären Regierung und einer reaktionären Sozialpolitik.

Damit war die politische Krise unmittelbar heraufbeschworen. Sofort zeigte sich aber nun auch, daß dies automatisch und unmittelfach die finanzielle und ökonomische Krise verhängnisvoll verschärfen muß. Die deutsche Wirtschaft hat 7 bis 8 Milliarden kurzfristige Auslandsschulden, die jederzeit abgerufen werden können. Diese Summen liegen selbstverständlich nicht in irgendwelchen Geldschränken, sondern sind in Produktionsanlagen investiert und können nicht flüssig gemacht werden. Die Auszahlung gewöhnlicher Kredite kann also nur erfolgen, wenn dafür anderweitig beschafft werden kann.

Gleich nach den unglückseligen Reichstagswahlen vom 14. September zogen zahlreiche Auslandsgläubiger aus Angst vor einem politischen Umsturz in Deutschland ihre Guthaben zurück. Als der Umsturz ausblieb, trat wieder eine Beruhigung ein.

Wie nervös aber das Ausland die Lage in Deutschland beobachtet, zeigen die Vorgänge der letzten Wochen. Die bloße Ankündigung einer Regierungskrise hat bereits bewirkt, daß ausländische Kredite in einem solchen Ausmaße gekündigt wurden, daß die Reichsbank innerhalb von 10 Tagen rund 1 Milliarde ihres Gold- und Devisenbestandes abgeben mußte. Damit ist ihre Reserve, die sie opfern kann, ohne die vorgeschriebene Deckung für die Währung anzugreifen, so ziemlich erschöpft.

Halten die Anforderungen an, muß folgender Zustand eintreten: Die Reichsbank kann die Kreditansprüche der Banken nicht mehr erfüllen. Diese werden dadurch genötigt, ihre Kredite einzuziehen, die sie den Betrieben und öffentlichen Körperschaften bisher gewährt. Zahlreiche Privatbetriebe und Kommunen werden alsbald nicht mehr über die Mittel verfügen, die sie zur Auszahlung von Gehältern, Löhnen und Wohlfahrtsunterstützungen gebrauchen. Was im einzelnen oft erlebt wurde, daß Betriebe, obwohl sie Aufträge haben, schließen müssen, weil ihnen der Bankkredit entzogen wurde, das würde bei einer solchen Zuspitzung der finanziellen Lage massenhaft eintreten, und eine Spiegelscheit, noch weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit wäre eine ebenso sichere Folge wie eine Einschränkung aller sozialen Unterstützungen weit über das Maß der Notverordnung hinaus.

Es hat keinen Zweck, vor dieser fürchterlichen Aussicht die Augen verschließen zu wollen. Diejenigen, die in dieser Situation bewußt auf die Krise und das Chaos hinarbeiten, bereiten ein Verbrechen am deutschen Volke und in erster Linie an der Arbeiterklasse vor, dessen Folgen kaum zu übersehen sind. Niemand von ihnen, weder die Vertreter einer faschistischen, noch die einer „proletarischen“ Diktatur wären in der Lage, die riesenhafte anschwelende Not bannen zu können, die sich aus einem finanziellen Zusammenbruch unvermeidlich ergeben müßte. Niemand wäre in der Lage, die hungernden Massen satt zu machen, das Abgleiten der Arbeitermassen in noch tieferes Elend zu verhindern zu können, wenn die Wirtschaft weiter einschrumpft. Die Hoffnung, daß man den Kapitalisten soviel abnehmen könne, um damit die Massen satt zu machen, würde sich bald als Illusion entpuppen, denn der Kapitalismus besteht im wesentlichen aus Fabrikanlagen, Maschinen und Rohstoffen, die nur dann in Brot umgewandelt werden können, wenn der Betrieb läuft und der wirtschaftliche Kreislauf funktioniert.

Dabei ist nicht der geringste Zweifel möglich, daß nach den gegebenen Machtverhältnissen durch einen Umsturz nur die Reaktion ans Ruder gebracht werden könnte. Mit welchen Mitteln sie die unaussprechliche Empörung der Massen bei einer weiteren rapiden Verschlimmerung ihrer Lage niederzuschlagen würde, darüber soll man sich keiner Täuschung hingeben. Das wissen auch die Kommunisten sehr genau. Wenn sie trotzdem, Seite an Seite mit Hugenberg und den Nazis, auf den Zusammenbruch hinarbeiten, so entspricht das nur ihrer Natur, die im Chaos das Ziel sieht und über die Möglichkeiten des Weiterkommens nur ganz nebelhafte Vorstellungen besitzt.

Die Gewerkschaften können dazu ebensowenig ihre Hand bieten, wie es die sozialdemokratische Fraktion getan hat. Die Notverordnung ist unerträglich für die Massen, und wenn es einen Weg gäbe, sie sofort zu beseitigen oder zu verbessern, müßte er beschritten werden. Solche Möglichkeiten bestehen aber im Augenblick nicht. Es kann nicht die Aufgabe der Arbeiterbewegung sein, noch viel schlimmere Zustände herbeizuführen und außerdem die faschistische Diktatur selber in den Sattel zu setzen. Der Reichskanzler Brüning hat die bindende Zusicherung abgegeben, daß er ernsthaft zu Verhandlungen über Abänderung der Notverordnung bereit sei, wenn die akute Bedrohung der finanziellen-ökonomischen Lage, wie sie im Augenblick besteht, beseitigt ist. Für den Fall aber, daß sofort eine parlamentarische Beratung, sei es durch Einberufung des Reichstages oder des Haushaltsausschusses, erzwungen werden sollte, hatte das Kabinett bereits seine Demission beschlossen. Es erklärt diesen Beschluß damit, daß die eingeleiteten Kredit- und reparationspolitischen Maßnahmen zur Rettung der Wirtschaft und des Volkes illusorisch würden, wenn nicht wenigstens für den Augenblick die politische Krise, das heißt die Aussicht eines Regierungsturzes, beseitigt würde. Man mag diese Erklärung glauben oder in dem Beschluß des Kabinetts nur eine unerantwortliche Sturheit sehen, die Tatsache jedenfalls, daß es bei einer Einberufung des Parla-

ments zu einem Regierungswechsel mit all den angeedeuteten Folgen kommen würde, stand als unabänderlich fest. In politischen Kreisen wußte man auch schon, daß für diesen Fall Hugenberg als Nachfolger Brünnings in Aussicht genommen sei.

Das war die Situation, in der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den gewiß nicht leichten Beschluß gefaßt hat, auf die Einberufung der parlamentarischen Instanz im gegenwärtigen Augenblick zu verzichten. Sie hat es getan in dem Bewußtsein, daß bei ihr die Verantwortung für das Schicksal der Arbeiterklasse liegt, und daß zur Zeit jeder andere Weg zu einer Berichtigung der Lage führen muß. Der Kampf gegen die unerhörte Notverordnung ist damit nicht eingestellt. Die notwendige Revision ist nur vertagt worden, um zuvor noch schlimmere Gefahren für Existenz, Freiheit und Leben der Arbeiterschaft aus dem Wege zu räumen.

So gefährlich die Situation in den letzten Wochen zeitweise war, so wäre es aber doch eine maßlose Uebertreibung, sie etwa als „hoffnungslos“ bezeichnen zu wollen. Es ist auch nicht so, als ob sich nun erwießen hätte, daß wir in eine Ueberschuldung gegenüber dem Auslande hineingeraten wären. Nicht die Höhe der Verschuldung, sondern ihre kurzfristige Form hat diesen plötzlichen Stoß ermöglicht. Gelingt es, durch eine vernünftige Außenpolitik das Mißtrauen gegen Deutschland zu überwinden, wird es leicht möglich sein, auch kreditpolitisch größere Sicherheiten herbeizuführen. Ein Abgleiten freilich in ein nationalsozialistisches Regime — das haben die letzten Wochen mit aller Schärfe herausgestellt — wäre der sicherste Weg in die Katastrophe.

Bücher und Zeitschriften

Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Beseitigung. Von Dr. Max Koch. 1931. 56 Seiten stark. Preis 1 Mark. Staatspolitischer Verlag, G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 226.

Bei den Ursachen behandelt der Verfasser besonders eingehend die innerpolitischen, deren Beseitigung nach Auffassung aller Reaktionen in Deutschland sehr leicht möglich ist — durch Abbau der Sozialpolitik. Der Verfasser macht sich in seiner sonst lehrbuchartigen Schrift leider zum Sprachrohr aller dieser Wirtschaftskritiker, denn auf Seite 12 sagt er: „Die übertriebene Sozialpolitik“ habe in sehr großem Umfange zur Arbeitslosigkeit beigetragen, und zum Beweise dafür wird nun über die Ausgabensteigerung im Vergleich der Jahre 1913 und 1929 in der Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Anapflichtversicherung uvm. berichtet. Auch was der Verfasser über Lohnpolitik zum besten gibt, ist nach unserer Auffassung sehr abwegig. In der zurückliegenden Zeit hat gewiß keine Arbeitergruppe infolge zu hoher Löhne etwa schweben können, und schon immer waren die Arbeiterlöhne und die Gehälter der unteren Beamten die übertriebenen Einkommen und Pensionen in der sogenannten Oberhälfte, die aber keine Hilfe erwarbt. Nach unserer Auffassung wirbelt in der Schrift Richtiges und Falsches durcheinander; was als Ursachen angegeben wird, ist teils Auswirkung kapitalistischer Maßnahmen. Es fehlt uns an Raum und auch an Zeit, die Schrift im weiteren zu zerpfücken, denn wer die Ursachen der Arbeitslosigkeit so einseitig fest, wird zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit auch nur einseitige Maßnahmen in Aussicht bringen. Trotzdem ist die Schrift lehrenswert, sie zeigt uns durch ihren Inhalt auch ein gewisses Zusammenhängen mit der Politik der derzeitigen Regierung der Notverordnungen. Wer also eine Mark übrig hat, laufe sich die Schrift aus dem eingangs genannten Verlag.

„Draufgebautes Kapital“ von Heiner Vogt. Urania-Friedenler-Verlag, G. m. b. H., Jena. Mit vielen Tabellen und Aufstellungen. Preis 1,50 Mark, in Ganzleinen 2 Mark, Vorzugsausgabe 2,75 Mark.

Unsere Wirtschaftsordnung hat in den letzten Jahrzehnten eine immer rascher fortschreitende Umwälzung erfahren. Konzentration und Rationalisierung sind die Schlagwörter für diesen Prozeß. Immer größer wird die Zahl derer, die antikapitalistisch sind und nach einer neuen Ordnung verlangen. Wissen diese aber wirklich um die entscheidenden wirtschaftlichen Vorgänge? Kennen sie die wirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaft, der Kartelle, Konzerne und Trusts? In diesem Buch wird eine ungemünzte anschauliche, auch dem einfachen Arbeiter verständliche Darstellung der Formen dieses organisierten Kapitalismus gegeben. Der Verfasser steht in der Praxis der Arbeiterbildung und hat alle diese Formen nicht zusammenhanglos nebeneinander gestellt, sondern gezeigt, wie sie zugleich eine Umformung des kapitalistischen Systems, eine Reifung der Theorie von Karl Marx bedeuten. Das Buch sollte deshalb gelesen werden.

„Wandlungen der Volkswirtschaftlichen Diktatur.“ R. Abramowitsch. Verlag J. S. W. Dieß Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68 (25 Pfennig).

Die Wärmeleistung der Hausfrau. Eine wie große Verfügungsgewalt über die wärmenden und heizenden Energien sich in den Händen unserer Hausfrauen befindet, erweist man aus der Tatsache, daß sie mit einem jährlichen Kohlenverbrauch von etwa 27 Millionen Tonnen nicht hinter den gesamten deutschen Eisenhütten (etwa 33 Millionen Tonnen) zurückbleibt. Hält man sich einmal diese Ziffern vor Augen, so leuchtet sofort ein, welche Unmengen von Energie und Geld ungenutzt buchstäblich zum Schornstein hinausgelassen werden; wenn eben die Hausfrau sich nicht richtig verhält, oder die Dese und Herde nicht im richtigen Zustande sind. Fast alle haben berechnet, daß ein einziger schlecht abgeregelter Ofen jährlich um 35 Mark schädlich ist.

Diese Sachlage hat das Reichstatorium für Wirtschaftlichkeit veranlaßt, unter Mitwirkung der Hausfrau und anerkannter Fachleute, a. B. der Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffsparsnis, die wärmewirtschaftlichen Fragen im Haushalt zu unteruchen und diese Untersuchung zu einfachen und leicht fasslichen Ratsschlägen zu verarbeiten. Bei dieser Arbeit mußte der Mannigfaltigkeit der Ausführungen der Dese und Herde — B werden im Westen des Reichs betriebsmäßig eiserne Dese und Herde bevorzugt, während der Osten die Domäne der Racheisen ist — Rechnung getragen werden. Aber es liegen sich doch eine ganze Reihe von Dese und Herden in Betrachtenden Richtungen geminnen, die in zwei Heften des „Hauswirtschaftlichen Lehrbuchs“ des Reichstatoriums für Wirtschaftlichkeit, Heft 1: „Heiße wirtschaftlich in Ofen und Herd!“ feilgekauft worden sind. Das eine Heft (Nr. 4) behandelt die Racheisen und Racheisherde, das andere (Nr. 5) die eisernen Dese und eisernen Herde. Auf Grund einer reichen Bildersammlung werden die Möglichkeiten für die Einparung von Heizstoffen erläutert. Die Auswahl zweckmäßiger Ofen- und Herdformen wird erleichtert; leicht durchzuführende Umgestaltungen von vorhandenen Dese und Herden machen sich durch Verminderung der Aufwendungen für Brennstoffe selbst bezahlt. Aber auch bei Bedienung der Dese und Herde können die Hausfrauen a. B. durch Verwendung richtiger Brennstoffgrößen und durch richtiges Ausschütten des Heizmaterials zur Verbesserung der Wärmeleistung in ihrem umfangreichen und bedeutenden Herrschaftsbereich beitragen. Wiederum werden durch Vorträge uvm. besonders die hauswirtschaftlichen Schulen, Hausfrauenvereine und sonstige Organisationen für die Verbreitung dieser neuzeitlichen Gedankengänge sich wirkungsvoll einsetzen können. Wärmeleistung im Hause ist immer aktuell: selbst im heißen Sommer am Herd für den im Winter reparaturbedürftig gewordenen Ofen! (Der Preis der beiden Hefte ist auf je 50 Pf. festgelegt worden.)

Franz Jung: „Hauferer.“ Gesellschaftlicher Roman. 1931. Einband und Topographie. Jan Finkhoff, München. 244 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Arbeiter“, G. m. b. H., Berlin SW. 61. Preis 4,80 Mark.

Franz Jung ist kein Reuling in der Literatur. Auch der Biederkeit läßt ihn bereits zu einem Autoren. Im „Hauferer-Buch“ ist er mit der Novelle „Das Erbe“ vertreten. In dem Roman „Hauferer“ erzählt er flott, amüsant und spannend die Geschichte einer Follie, die an der obersten Grenze liegt. Aber diese Follie bildet nur Rahmen und Hintergrund für ein weites gestreutes Ziel. Jung will zeigen, wie in der heutigen Gesellschaft und Wirtschaft alles zur Ware erniedrigt ist, wie die Menschen zu „Hauferern“ geworden sind. Nicht nur mit Kleibern wird haufiert, auch der Großhändler ist nur Hauferer in entsprechendem größerem Format bei gleichbleibender Mechanik des Geschäfts. Aber weiter: auch Ideale und Ueberzeugungen sind, von ihren Verteidigern und Masken befreit, nur Waren, wenn ihre Verkäufer und Käufer es auch meist selbst nicht wissen und nicht wahr haben wollen. Erich Kästner formuliert diese Erkenntnis in den nachfolgenden schmerzlichen Versen seines Gedichts „Gedächtnis einiger Dichter“:

„Was auch geschieht — wir machen daraus Worte.
Was auch passiert — wir machen es zu Geld.
Wir sollten lieber kaufen und verkaufen!
Ob Käufer oder Kunde war egal!“

Auch wer nicht geneigt ist, sich auf solche Betrachtungen und Folgerungen bei der Lektüre eines Romans einzulassen, wird dabei durchaus auf seine Kosten kommen. Er wird mit Spannung dem Lauf der Handlung folgen und seine Freude an den ulkigen Exempeln der Gattung „Mensch“ darin haben. Jung's neues Buch „Hauferer“ ist eine eigen geprägte Arbeiterdichtung und wird sicherlich eine Diskussion entfesseln.

Ein nationaler Verräter, der Lohnsenkungen vornimmt

Regierungen und politische Körperschaften können sehr wohl auf die Entwicklung des Lebensstandards einwirken. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika gelten als ein Land der wirtschaftlichen Freiheit. Von allen hochkapitalistischen Staaten dürfte die Lehre der Manchestertheorie am vollkommensten in USA erhalten sein. Dennoch ist der Einfluß der Regierung auf das Wirtschaftsleben nicht gering. Die Vossische Zeitung vom 19. Juni bringt einen Bericht ihres New Yorker Berichterstatters. Dieser Artikel ist mit folgendem Motto versehen: „Expräsident Colidge: „Daß der Lohnempfänger in Zeiten der Depression eine bevorzugte Stellung einnimmt, ist anerkanntes Prinzip“. Es wird dann folgendes ausgeführt:

„Im Winter 1929 hatte Präsident Hoover zweiundzwanzig Wirtschaftsführer zusammenberufen, um ihnen das feierliche Versprechen abzunehmen, keine Lohnsenkungen einzuleiten. Die Regierung steht noch jetzt unverändert auf dem Standpunkt, daß die Beibehaltung der Vorkrisen-Lohnsätze eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung sei, unbeschadet der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten inzwischen um 15 bis 25 Prozent gesunken sind. Und die großindustriellen Unternehmungen, wie United States Steel, General Electric, General Motors, Ame-

Der Lohn in der Politik

Es ist einmal das Wort vom politischen Lohn geprägt worden. Damit sollte angedeutet werden, daß der Politik vielerlei Möglichkeiten gegeben sind, auf die Höhe des Arbeitslohnes und dessen Kaufkraft einzuwirken. Darum handelt es sich in der hier folgenden Betrachtung nicht, sondern eher um das gerade Gegenteil, nämlich darum, welche Rolle der heute in Deutschland geliebte Modus der Lohnbestimmung während der letzten Zeit bei den entscheidenden Fragen der hohen Politik spielte.

Das entscheidende Geheißwerk, das bei uns in allen Streitfällen, die um Lohn oder Arbeitszeit geführt werden, in Funktion tritt, und das dauernd in Funktion ist, weil der Kampf um Lohn und Arbeitszeit keinen Abschluß für ewige Dauer kennt, ist die Schlichtungsordnung. Ein Gesetz zu ändern, oder seine Handhabung in die Gewalt zu bekommen; das aber sind politische Fragen. Sie treten in Gestalt von reaktionären Forderungen immer dann an die sich jeweils um eine Mehrheit abmühende Regierung heran, wenn diese Bundesgenossen braucht und die Umstände sie zwingen, Verbündete teuer einzukaufen. Dabei ist die Schlichtungsordnung des öfteren als Preis gefordert worden. Bisher allerdings so ähnlich wie die politische Machtposition in Preußen, stets vergeblich. Aber die Versuche sind interessant und geeignet, den um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit kämpfenden Gewerkschaften wertvolle Fingerzeige zu geben.

Das erste Opfer des Schlichtungswesens wurde ein Minister der Deutschen Volkspartei. So was klingt komisch, ist aber wahr. Herr Moldenhauer, für kurze Zeit des Deutschen Reiches Finanzminister, wurde von seiner eigenen Fraktion Knall und Fall gestürzt. Nach draußen hin sagte man, weil er die Beamtengehälter abbauen wollte. Es handelt sich dabei um das Notopfer, also die erste Besoldungskürzung der Beamten. Das aber war nur ein vorgeschobener Grund. Der schwerindustriellen Deutschen Volkspartei glaubt ja kein Mensch, daß sie den Reichsbeamten zuliebe einen ihrer Minister stürze, nein, der wahre Grund war der: Man hatte seitens der deutsch-volksparteilichen Reichstagsfraktion vom dem Ministerkollegen Moldenhauer verlangt, er solle im Kabinett einen Gesetzentwurf einbringen und befürworten, wonach alle noch laufenden Tarifverträge sofort gekündigt werden konnten. Das hat dieser abgelehnt. Die Gründe seiner Handlung interessieren wohl, sind aber in ewiges Dunkel gehüllt. Wahrscheinlich hat der damalige Reichsfinanzminister gemerkt, daß er mit einem derartigen Anfinnen sowieso hereinfallen würde. Er hat es deshalb dem Kabinett nicht erst gestellt, und mußte gehen.

Das zweite Opfer des Schlichtungswesens wäre nun dieser Tage bald ein Reichskanzler geworden. Und zwar einer, dem man allgemein nachsagt, er sei sehr stark. Sein Name ist Brüning. Dieser Regierungschef hat noch nie eine richtige Mehrheit des Deutschen Reichstages hinter sich gehabt. Er lebt vom Zentrum, der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei, einigen anderen kleinen parlamentarischen Gruppen, aber in der Hauptsache doch davon, daß die stärkste Fraktion des Deutschen Reichstages, die Sozialdemokratie, bisher ihn duldet. Die Deutsche Volkspartei ist in der Regierung vertreten. Aber das macht ihr nichts aus. Sie forderte bei der neuen Notverordnung, die den Besitz verschont und den Armen alle Lasten der Krise aufbürdet, noch erheblich mehr als das, was in diesem unheimlichen Werte der deutschen Arbeiterschaft schon zugemutet wird. Sie forderte den Lohn auch derer, die noch das seltene Glück haben, nicht arbeitslos zu sein. Sie forderte die Schlichtungsordnung. Diese Forderung ist ihr ursprünglich kategorisch abgelehnt worden, weshalb sie trotz der Verschlechterung der deutschen Devisenbilanz, trotz der bevorstehenden Aufrollung der Reparationsfrage, trotz der Warnungen ihres prominenten Parteimitgliedes, des Reichsbankpräsidenten Luthers, den Sturz Brünnings durch Zustimmung zur Reichstagsberufung beschloß.

Nun war Brüning allerdings stärker als weiland sein Ministerkollege Paul Moldenhauer, was sehr eindeutig aus der Tatsache hervorgeht, daß Herr Brüning trotz des volksparteilichen Beschlusses immer noch Ministerpräsident ist, während Herr Moldenhauer wieder seinem bürgerlichen Beruf als Professor nachgeht, aber nicht mehr Minister ist. Und das kommt daher, daß die Deutsche Volkspartei wieder einmal umgefallen ist. Sie hat den Fraktionsbeschuß rückgängig gemacht. Aber, und damit kommen wir wieder zum Thema, Herr Dingeldey, seines Zeichens Vorsitzender der umgefallenen Volkspartei, hat erklärt, das Umfallen hätte ihm diesmal keine Schwierigkeiten gemacht, sondern sei ihm im Gegenteil sehr leicht gefallen, da Reichskanzler Brüning ihm hochwichtige Zugeständnisse gemacht habe. Dabei deutet dieser verschämte Parteitaktiker in der bekannten verlogenen Diplomatenprache an, daß ihm nicht nur eine baldige Aufrollung der Reparationsfrage und eine Personaländerung im Kabinett, sondern auch eine Lockerung des Schlichtungswesens verprochen sei. Nun, die baldige Inangriffnahme der Revision des Young-Planes ist heute so ziemlich eine Selbstverständlichkeit, eine Sache, gegen die nicht nur niemand etwas einzuwenden hat, sondern die allgemein begrüßt und gewünscht wird. Ob die Volkspartei einen Minister mehr oder weniger im Kabinett hat, ist minder wichtig. Wenn sie ihn hat, erholt sie ihn ja doch. So ging es Stresemann und Moldenhauer, so geht es im Augenblick Curtius, und anderen wird es keinen Deut besser ergehen. Die wichtigste Veränderung, die Lockerung des Schlichtungswesens, war ein Phantasiemotiv des Herrn Dingeldey. Das hat das Kabinett gleich am nächsten Tage durch eine offizielle Erklärung künftighin lassen.

Der großindustrielle Angriff auf das Schlichtungswesen ist also abgefallen worden. Allen Gesetzen politischer Logik zufolge mußte er auch abgefallen werden. Und zwar hätte das von jeder politischen Zentralgewalt geschehen müssen. Eine Aufhebung, oder wie es immer so befängtigend heißt, eine „Lockerung“ des Schlichtungswesens bedeutet nämlich nicht nur schrankenlosen Lohnabbau, nicht nur schrankenlose Freiheit zur Ausbeutung der Arbeiterschaft. Sie bedeutet mehr. Sie bedeutet ein Auflösen sozialer Kämpfe, das nicht mehr zu bannen ist. Sie bedeutet eine solche Steigerung der Unruhe und der Erregung, daß keine Regierungsgewalt dafür die Verantwortung übernehmen kann. Und das am allerwenigsten heute, in der fürchterlichsten Wirtschaftskrise, die je ein Volk durchlebt hat. Ja, wenn keine freien Gewerkschaften da wären, dann, Herr Dingeldey, wären Ihre Pläne nicht nur durchführbar, sondern schon längst durchgeführt. Aber fünf Millionen Freigewerkschaftler stehen auf der Wacht. Ob Brüning das gern sieht, wissen wir nicht, aber er sieht es, Dingeldey nicht.

Die Eisenbahngesellschaften und die Public Utilities halten sich an dieses Versprechen gebunden. Lohnsenkungen sind tabu, wer sie riskiert, läuft Gefahr, als nationaler Verräter gebrandmarkt zu werden. Noch vor einer Woche geschah es, daß ein Bundes Senator das Kriegsministerium aufforderte, der größten Flugzeugfabrik Amerikas die Lieferungsverträge zu entziehen, weil sie die Löhne herabgesetzt hatte. Henry Ford erklärte unumwunden, daß er keine Firma, die Löhne verkürzt, Aufträge für die Ford Motor Company erteilen werde. Die Bahngesellschaften, die bereits am Weißbluten sind, haben bei der Interstate Commerce Commission den sehr bedenklichen Antrag auf Erhöhung der Frachtraten gestellt, um sich weiterhin solvent zu halten. Sie haben nicht gewagt, eine Herabsetzung der Löhne zu fordern, Löhne, die nicht nur außer allem Verhältnis zum Kapitalertrag der Eisenbahnen stehen, sondern auch zu den um 25 Prozent niedrigeren Lohnsätzen der Großindustrie.

In Europa dürfte es weder eine Regierung noch Unternehmer geben, die sich so für die Hochhaltung sehr hoher Löhne eingelassen haben.

Stand der Verbands-Invalidenunterstützungsbezieher Mitte Juni 1931

Wenn man gelegentlich mit Mitgliedern auf die Invalidenunterstützung im Verbands zu sprechen kommt, dann hört man nicht selten die Behauptung, daß sie einseitig nur ganz bestimmten Berufsgruppen im Verbands diene, während diese oder jene Gruppe dafür gar nicht in Frage komme. Andere wieder behaupten, sie leiste nichts, und wie die Einwendungen sonst noch alle lauten mögen. Die nachstehende Aufstellung informiert nun jeden, der sich dafür interessiert, und das sollten eigentlich alle unsere Verbandsmitglieder und deren Frauen sein:

Es erhielten monatlich

815 Kollegen 9 Mark Invaliden-Unterstützung	= 7335 Mark
634 Kollegen 12 Mark Invaliden-Unterstützung	= 7608 Mark
277 Kollegen 15 Mark Invaliden-Unterstützung	= 4155 Mark
1726 Kollegen	19098 Mark

Prozentual ergibt sich folgendes Bild:

Es erhielten

47,2 Prozent der Bezieher	38,4 Prozent der Gesamtsumme
36,7 Prozent der Bezieher	39,8 Prozent der Gesamtsumme
16,1 Prozent der Bezieher	21,8 Prozent der Gesamtsumme

Hieraus ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß sich eine längere Mitgliedsdauer mit entsprechend höheren Leistungen durchaus „rentiert“.

Die Invalidenunterstützungsbezieher nach der Berufszugehörigkeit:

Art der beruflichen Tätigkeit	Zahl der Unterstützungsempfänger zum Monatsjah von			insgesamt
	9 Mrk.	12 Mrk.	15 Mrk.	
Bruchmeister, Brecher, Bossierer, Spalter, Schroter, Schießmeister	117	66	31	214
Pflastersteinmacher, Bossierer, Richter	61	38	16	115
Steinschläger	15	9	4	28
Steinseher, Pflasterer	111	165	74	350
Kammer	27	44	29	100
Bildhauer	3	4	4	11
Steinmehlen	213	181	83	477
Schleifer	41	33	18	92
Dreher, Fräser, Säger	5	4	—	9
Alabasterarbeiter, Griffelmacher, Lithographiesteinarbeiter, Quarzschleiferarbeiter	23	6	—	29
Hilfsarbeiter aller Branchen in Steinindustrie und Steinstraßenbau	174	78	17	269
Arbeiterinnen	7	1	—	8
Betriebshandwerker	18	5	1	24
Gesamt	815	634	277	1726

Außer vorstehend aufgeführten Invalidenunterstützungsbezieher sind seit Einführung der Invaliden-Unterstützung am 1. Oktober 1930 69 Unterstützungsbezieher gestorben.

Ständiger Internationaler Verband der Straßenkongresse. Ueber den im Oktober 1930 in Washington abgehaltenen Internationalen Straßenkongress hatten wir ausführlich berichtet. Wenig bekannt dürfte es sein, daß diese Veranstaltung von einer dauernden Einrichtung ausgeht, die hinwiederum ein Zweig der Internationalen Handelskammer ist: dem Ständigen Internationalen Verband der Straßenkongresse. Dieser Verband entspricht dem Ständigen Internationalen Verband der Eisenbahnkongresse; ihm gehören an: Straßenverwaltungen, Ministerien für Verkehr und öffentliche Arbeiten, Kommunalverbände, Distrikte, Provinzen und Städte, die großen Fremdenverkehrs-Organisationen und Automobilclubs, sowie die großen öffentlichen Straßenbauunternehmungen (sogenannte fermes de construction) in 56 Ländern. Die letzterzeit dem Washingtoner Kongress vorgelegten Berichte über die Straßenbaufinanzierungsmethoden sind auch für die Umfrage der Internationalen Handelskammer von großem Wert gewesen. Hinsichtlich der Frage der Zusammenarbeit der verschiedenen Transportmittel hat sich der Straßenkongress nicht so stark festgelegt wie etwa der Eisenbahnkongress in Madrid. Der Straßenkongress hat vielmehr vorgeschlagen, die Frage in gemeinsamen Beratungen von Vertretern der an der Eisenbahn und an den Ueberlandtransporten beteiligten Kreise zu behandeln. Der Internationale Verband arbeitet mit an der von der Kammer vorbereiteten allgemeinen Verkehrskonferenz zur Neuorientierung des gesamten Verkehrswezens.

Der zuständige Ausschuss der Internationalen Handelskammer für Ueberlandtransporte hatte eine Umfrage über die Straßenbau-Finanzierungsmethoden der einzelnen Länder veranstaltet, die sich auf folgende Fragen erstreckte: Die für die Finanzierung des Straßenbaus und der Straßenunterhaltung zuständigen Behörden, die Art und Weise, auf die sich die verschiedenen staatlichen, provinziellen und örtlichen Stellen die erforderlichen Mittel beschaffen, die Aufteilung der für den Straßenbau und die Straßenunterhaltung bestimmten Gesamtbeträge unter die Budgets der zuständigen Stellen und etwa vorhandene Straßenprogramme. Aus folgenden Ländern sind Berichte eingegangen: Ägypten, Argentinien, Chile, China, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indochina, Italien, Jugoslawien, Litauen, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen,

Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn. Die grundsätzliche Stellungnahme der verschiedenen Länder läßt sich auf folgende zwei Punkte zurückführen: Die einen betonen, daß die Straßen den öffentlichen Interessen dienen, und neigen dazu, die Straßenunterhaltungskosten aus allgemeinen Einnahmen zu decken; die andern meinen, daß die Straßenkosten in erster Linie durch Kraftverkehrssteuern aufzubringen sind.

Für die Straßenverwaltung ist auszugehen von einem allgemeinen Straßenplan, in dem alle bestehenden Straßen verzeichnet sind und die zukünftige Verkehrsentwicklung vorausbestimmt wird. Die Straßen sind in zweckmäßiger Weise einzuteilen, unter Berücksichtigung der Verkehrs-Ausgangs- und -Richtpunkte sowie der Art und der Bedeutung des Verkehrs. Grundlage dieser Arbeit ist eine methodische Verkehrszählung. Die behördlichen und finanziellen Zentralisierungstendenzen scheinen, wenigstens was die Hauptstraßen anbelangt, den tatsächlichen Bedürfnissen zu entsprechen. Die Zahl der autonomen Straßenverwaltungsstellen hat sich vermehrt, in einigen Ländern aber ist ihre Bedeutung noch beträchtlich.

Für den Straßenbau gelangt die Internationale Handelskammer zu folgender Feststellung: Bevor der Bau einer neuen Straße in Angriff genommen wird, muß man sich vergewissern, daß sie, ihrer Lage und ihrer Art nach, den Verkehr genügend anziehen wird, um ihre Anlage zu rechtfertigen. In denjenigen Ländern, die sich erst am Anfang ihrer Straßenverkehrs-entwicklung befinden, besteht der erste Schritt in der Herstellung irgendwelcher Verkehrsverbindungen zwischen den einzelnen Ortschaften, so daß, sobald als möglich, ein großes Straßennetz zur Verfügung steht, selbst wenn die Straßen ihrem Charakter nach ziemlich einfach sind. Später können die Straßen, in gleichem Maße, wie sich der Verkehr entwickelt, verbessert werden. Das Arbeitsprogramm sollte für mehrere Jahre im voraus festgelegt werden. Man kann annehmen, daß die Straßenunterhaltungskosten sinken, wenn eine abgenutzte Straße alter Bauart einem modernen Belag bekommt. Die Erfahrung zeigt, daß ein großer Teil des Unterbaus gut angelegter Straßen viele Jahre lang verwendbar bleibt und daß offenbar mehr als die Hälfte der ursprünglichen Baukosten leicht amortisierbar ist.

Eisenbahn- und Straßendamm zwischen der Insel Rügen und dem Festlande

(Nachdruck verboten.)

Die Insel Rügen vor der pommerischen Ostseeküste Deutschlands ist als Land der schönen Seebäder ebenso bekannt wie als Brücke für den internationalen Verkehr mit der Eisenbahnfähre von Tralleborg in Schweden über Sahnitz. Nun erleidet aber der internationale Zug, nachdem er die Insel Rügen von Sahnitz bis Altfähr durchlaufen hat, eine ebenso unerwünschte wie zeitraubende Unterbrechung dadurch, daß die Eisenbahnwagen von hier aus mit Trajekten über die Meerenge des Strelasundes bis zur preußischen Stadt Stralsund befördert werden müssen. Seit langer Zeit sind daher die Wünsche der Verkehrs-Interessenten in Schweden sowohl wie auch in Deutschland darauf gerichtet, diesen zeitraubenden Fährbetrieb durch einen Damm überflüssig zu machen. Diese Wünsche decken sich auch mit denen der vielen Bäderorte auf Rügen, die mit ihrem wunderbaren weißen Sandstrand jeden Vergleich mit dem vielgerühmten Lido und dem meist steinigem Rinderastrand aushalten.

Bereits im Jahre 1911, als in Deutschland der Verkehr nach Rügen noch von den preußischen Staatsbahnen betrieben wurde, hat der damalige Minister der öffentlichen Arbeiten die Zweckmäßigkeit eines Damms zum Ersatz für den umständlichen Fährbetrieb anerkannt. Seit dieser Zeit ist der Personenverkehr um

mehr als 100 Prozent und der Güterverkehr Deutschland-Schweden über Sahnitz um mehr als 200 Prozent gestiegen. Die Wünsche nach einem festen Damm zur Sicherung und Beschleunigung des Eisenbahnverkehrs haben wegen der mit dem Wasserweg verbundenen Störungen namentlich dadurch noch größere Bedeutung gewonnen, daß in dem Eiswinter 1928 oft mehrstündige Verpätungen zu beklagen waren. Amtlich hat sich die Deutsche Reichsbahn schon im Juli 1929 dahin geäußert, daß die Fährverbindung über den Strelasund äußerst kostspielig ist, daß sie die Abwicklung des Verkehrs sehr aufhält und einer festen Verbindung weichen muß, die überhaupt schon nach Eröffnung der Schwedenfähre gefordert wurde.

Von der Deutschen Reichsbahn ist nun, entsprechend den Anforderungen des internationalen Verkehrs auf vielen Linien (z. B. Holland-Basel durch den „Rheingoldzug“ und durch die beschleunigten Luxuszüge Berlin-Italien), schon durch Komfort und technische Vervollkommnungen der Verkehrsmittel viel getan worden. Soll also die Verbindung nach Schweden hinter den Forderungen der Zeit nicht zurückbleiben, so ist jetzt der Rügendamms um so mehr das Gebot des Tages, als Polen eine Schnellfahrverbindung zwischen Gdingen (bei Danzig) und Aarhus in Südböhmen plant. Weil es infolge der zeitraubenden Fährverbindung über den Strelasund verhältnismäßig umständlich ist, die Seebäder dort aufzulassen, so leidet auch der Badeverkehr und damit die wirtschaftliche Entwicklung Rügens.

Für die Eisenbahn ist nach der ganzen Sachlage der baldige Bau des Damms erwünscht. Aber die Verkehrsinteressenten vertreten den Standpunkt, daß ein Damm allein für die Eisenbahn nicht den Anforderungen unserer Lage genügt. Ein großer Teil des reisenden Publikums benutzt zunehmend den Kraftwagen. Dementsprechend wird gewünscht, daß ein Damm erbaut wird, der sowohl der Eisenbahn wie dem übrigen Verkehr gleichzeitig dienen soll. Nachdem sich nun der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich für den Bau eines derartigen Rügendamms mit einem Kostenaufwand von etwa 30 Millionen Mark eingeseht hat, ist die Verwirklichung des internationalen Plans nunmehr gesichert, inwieweit haben auch Verhandlungen der Reichsbahn mit einem schwedischen Finanzkonsortium über einen langfristigen Kredit von 20 Millionen Mark zur Finanzierung des Rügendamms ihren Abschluß gefunden.

Die technischen Voraussetzungen für den schnellen Bau eines Damms durch eine Meerenge sind gegeben, da Deutschland durch den Eisenbahndamm zwischen der Halbinsel Jütland und der Insel Sylt mit 12 Kilometer Länge schon eine

Sprenglingen (Kr. Döb.) Der Vorsitzende verliest einige Rundschreiben der Gauleitung. In Punkt 2 referiert Kollege Schäfer über die letzten Lohnverhandlungen und gibt das Verhandlungsergebnis bekannt, das einen weiteren Lohnabbau von 10 Pfennig bejagt, der Lohn ist nun jetzt seit Februar d. J. um 20 Pfennig gekürzt worden, dies bedeutet einen Lohnabbau von 13 Prozent, obgleich die Lebensmöglichkeit eines Arbeiters um keinen Pfennig billiger geworden ist. Mit diesem Lohnraub denken die Unternehmer, die deutsche Wirtschaft zu retten. Kollege H. Heil kritisiert das Verhalten einiger Kollegen, die anderen Kollegen durch ihr leichtsinniges Billigerarbeiten in den Rücken fallen. Auch in wirtschaftlich schlechter Konjunktur muß das Zusammenhalten gewahrt werden und das Interesse der Allgemeinheit vor das eigene gestellt werden. Ferner nahm die Versammlung zu der neuen Notverordnung Stellung, einstimmig war die Versammlung der Auffassung, daß diese Hungerverordnung von den Gewerkschaften abgelehnt werden muß, denn sie betrifft am meisten die unteren Schichten. Gerade wir als Saisonarbeiter werden am härtesten betroffen, denn es ist doch so, daß die Steinseher heute auch im Sommer arbeitslos sind, an eine Saisonbeschäftigung ist gar nicht mehr zu denken. Drum lehnen wir als Gewerkschafter die Notverordnung ab. Aufgabe der Kollegen ist es, zusammenzuhalten innerhalb der freien Gewerkschaften, wenn auch die Wellen einmal höher schlagen.

Flensburg. Der Tarif im Steinsehergewerbe ist von den Arbeitgebern gekündigt worden. Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifs sind aber noch nicht eingeleitet worden, obwohl es üblich war, daß solche von dem, der den Tarif kündigt, vorgenommen wurden. Es besteht daher gegenwärtig ein tarifloser Zustand im Steinsehergewerbe.

In dem abgelassenen Tarif war als Stundenlohn für Steinseher 1.48 Mark und für Kammer 1.43 Mark festgelegt. Bisher war es im Beruf üblich, daß der im alten Tarif festgesetzte Lohn weitergezahlt wurde, bis ein neuer Lohn im neu vereinbarten Lohnvertrag Gültigkeit erlangt hatte. Von diesem Brauch scheint man jetzt abkommen zu wollen, ein tarifloser Zustand ist den Arbeitgebern offenbar gegenwärtig angenehmer.

Die Firma Johannes Hummel hat nun den Lohn eigenmächtig für Steinseher auf 1.25 Mark und für Kammer auf 1.15 Mark pro Stunde herabgesetzt. 2 Steinseher und 1 Kammer haben den neuen Lohn unterschrieben. Eine Verhandlung mit Herrn Hummel, vom Verband unternommen, führte nicht zu einem Erfolg. Wenn die Unternehmer im Steinsehergewerbe annehmen sollten, daß sie die gegenwärtigen Arbeitsmarkterhältnisse zur Herabsetzung der Löhne ausnützen können, so irren sie sich. Ueber die Firma Johannes Hummel wurde die Sperre verhängt.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

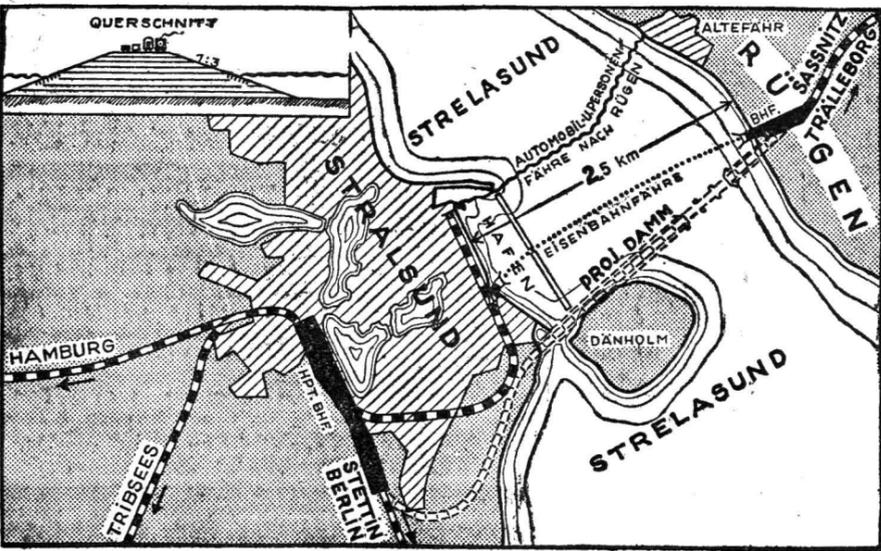
3. Gau. In Leipzig, Dresden und Chemnitz sind teilweise die Marmorarbeiter ausgepickert. Zugung von Marmorarbeitern nach Sachsen muß unterbleiben!

7. Gau. In Schwarzenbach (Saale) die Firma Morgeneier wegen Mißregelung. — In Gsteinach ist der Betrieb Hagelauer & Co. (Granitwerk) wegen unrechtmäßiger Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden zu meiden.

8. Gau. In Koburg ist das Steinseherunternehmen Firma Knoch zu meiden, denn der Tarif wird seit Jahren von den Firmeneinhabern nicht beachtet.

11. Gau. In Lübeck stehen die Steinmehlen im Lohnkampf. — **Flensburg.** Streik bei der Straßenbaufirma Johannes Hummel wegen willkürlicher Herabsetzung der Löhne.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.



wesentlich größere Aufgabe gelöst hat. Es sei auch daran erinnert, daß in Amerika bereits vor mehreren Jahren eine Eisenbahn von Florida nach Key West gebaut worden ist, die über eine Strecke von 45 Kilometer über das Meer führt, während der Rest durch Brücken bewältigt wurde, von denen ein Bau allein 12 Kilometer Länge mit 186 Bogen aufweist.

Für den Bau eines Eisenbahndamms u. d. einer Straße werden in unsern Tagen der großen Arbeitslosigkeit auch sozialpolitische Gesichtspunkte geltend gemacht. Die Arbeiten am Damm und den Brücken sind nämlich mit 500 000 Tagewerke und 5 Millionen Mark Lohnaufwand berechnet. Bei achtstündiger Arbeitszeit würde man 62 500 Arbeitswochen schaffen. An Arbeitslosen-Unterstützung erfordert diese Zeit 1 Million Mark. Diese Beschäftigung würde aber auch sonst Arbeit schaffen, da ja doch die Eisenbahn- und Zement-Industrie, sowie auch das Transportgewerbe Beschäftigung bekommen würden. Für die Finanzierung kommt ferner in Betracht, daß in der besonders am Bau des Rügendamms interessierten Provinz Pommern im letzten Jahre 4,3 Millionen Mark Automobilsteuern aufgebracht wurden. Nach Fertigstellung des Damms würde der Kraftwagenverkehr nach Rügen sicher sehr schnell bedeutend steigen. Für die Bahn ist die Übernahme von etwa zwei Drittel der Baukosten darum rentabel, weil sie durch den Fortfall der Fährhölzer und der Anlagen für diesen Betrieb, die laufende hohe Betriebs- und Ausbesserungskosten verursachen, erhebliche Ersparnisse erzielt. Schließlich wird die Finanzierung dadurch erleichtert, daß sich die Ausgaben auf 3 Baujahre verteilen.

Technisch zeigt der Rügendamms folgendes Bild:

Gesamtlänge	2 500,00 Meter
Höhe über Wasser vor Stralsund	7,30 Meter
Höhe über Wasser vor Rügen	7,50 Meter
höchste Höhe über Wasser vor Strommitte	9,42 Meter
Breite des Damms:	
Eisenbahn zweigleisig	9,00 Meter
Straße (Fährdamm 6,50 Meter)	9,00 Meter
Gesamtbreite 18,00 Meter	
Brückenöffnungen:	
im Strom 4 Öffnungen zu je	112,50 Meter
1 Öffnung zu 50 Meter	50,00 Meter
Gesamtbrückenlänge 500,00 Meter	
Brückenöffnungen zum Festland und Dänholm (Ziegelgraben)	
2 zu je	50,00 Meter
1 (Klappbrücke)	25,00 Meter
Gesamtbrückenlänge 125,00 Meter	

Für Rügen ist unstrittig der schnelle Bau des Damms eine Existenzfrage, weil durch die Verbesserung der Verbindungen in die Ostseebäder auf Usedom mit der Brücke über die Peene namentlich der Automobilverkehr stark wachsen wird. Für den Eisenbahndamm tritt die öffentliche Meinung in Schweden lebhaft ein, weil dadurch die Laufzeit der internationalen D-Züge erheblich verkürzt würde.

Ing. P. Max Grömpel, Berlin-Friedenau.

Rundschau

Europäische Zollunion? Die erste enquetemäßige Befragung innerhalb der deutschen Fertigwarenindustrie über die Meinung der einzelnen Firmen von einer Niederlegung der europäischen Zollmauern ist in Verbindung mit einer Umfrage erfolgt, die das Institut für Konjunkturforschung in Berlin und das Leipziger Messamt gemeinschaftlich an die Aussteller der Leipziger Frühjahrsmesse 1931 gerichtet haben. Wenn auch eine einstimmige Zustimmung zum Wegfall der innersuropäischen Zölle von vornherein nicht zu erwarten gewesen ist, so überrascht doch das Ergebnis: 95 Prozent der antwortenden Firmen haben sich für und nur 5 Prozent gegen den Wegfall der innersuropäischen Zölle ausgesprochen. Dieses Verhältnis gilt sowohl für die Verbrauchsgüter- als auch für die Produktionsgüterindustrien. Geringe Schwankungen bestehen allerdings innerhalb der ersteren Gruppe, und zwar haben sich hier 93 Prozent der Hersteller von Hausatut und Wohnbedarf für und 7 Prozent gegen die Beseitigung der Zollmauern ausgesprochen. In der Gruppe Kultur- und Luxusbedarf sind 97 Prozent für und 3 Prozent gegen und bei Textilwaren 88 Prozent für und 12 Prozent gegen, bei Süßwaren jedoch volle 100 Prozent für die Beseitigung aller innersuropäischen Zollschranken.

Die deutsche Auswanderung geht zurück. Im Kalenderjahr 1930 haben 37 085 Deutsche ihre Heimat mit überseeischem Reiseziel verlassen. Davon waren 19 816 oder 53,4 v. H. männlichen und 17 269 oder 46,6 v. H. weiblichen Geschlechts. Von Jahr zu Jahr ist ein Rückgang der Zahl der Auswanderer eingetreten. 1927 wanderten noch 61 000, 1928 57 000 und 1929 49 000 Personen nach Übersee aus. Dieser Rückgang liegt weniger in einem Nachlassen des Auswandererdranges, sondern vielmehr in den verschärften Einwanderungsbedingungen der Haupteinwanderungsländer. So haben die Vereinigten Staaten die Einwanderungsziffer auf 10 v. H. der seit dem 1. Juni 1929 geltenden Anteile herabgesetzt. Argentinien erhebt Anfang 1931 für das Passivum für Einwanderer 33 Goldpesos oder 129 Mark. Brasilien, Kanada, Australien und andere Länder haben jede Einwanderung verboten. Von der Gesamtzahl der Auswanderer gingen 68 v. H. nach den Vereinigten Staaten und 12 v. H. nach Kanada. Der Rest verteilte sich auf andere Länder.

Sind Großkaufleute dumm? Ueber Intelligenz und soziale Schicht sprach der Deutschen medizinischen Wochenschrift zufolge in Heidelberg im Naturhistorischen Verein Dr. Grubbe. Die Ausführungen hatten nicht gerade eine soziale und volksfreundliche Tendenz. Wie haltlos und unsicher diese „Beweise“ so mancher Unterjudungen sind, zeigt allein die Tatsache, von der auch Dr. Grubbe sprach. Bei Feststellungen, die Dr. Brem in 10 Städten der Pfalz durchgeführt hat, schnitten nämlich die Kinder der Großkaufleute äußerst schlecht ab. Stellen Großkaufleute nun etwa eine schlechte Erbmasse dar? Gehört zum Großkaufmann vielleicht keine Intelligenz? Oder sind es bei den Großkaufleute-Kindern Zufall oder andere Faktoren gewesen, die dieses statistische Ergebnis brachten? So undudlich man oft bei solchen Untersuchungen der untersten sozialen Schicht gegenüber ist: den Großkaufleuten wird man gewiß gern „mildernde Umstände“ zubilligen und irgendwelche Rechtfertigungen annehmen. Es ist geradezu frevelhaft, zu behaupten, daß eine bestimmte Menschengruppe weniger Intelligenz aufweise, wie es so oft geschieht. Daß die Entwicklung der geistigen Werte oft gehemmt wird, wenn die sozialen Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist natürlich. Aber das berechtigt nicht zu der Behauptung, daß eine bestimmte sozial schwache Schicht überhaupt nicht Intelligenzwerte in sich trüge. Wenn man gerade die Bedeutendsten in ihrer Familienlinie zurückverfolgt, dann findet man, daß die Wiege ihrer Intelligenz einmal im Volke gestanden hat.

Was ist ein Aerobus? Die deutsche Luft-Hansa richtet am 1. Juni zunächst für die Dauer von drei Monaten zwischen Köln und Frankfurt a. M. einen Aerobusdienst ein, der fünfmal täglich in jeder Richtung betrieben wird. Hinzu kommen täglich Flüge als Etappen anderer Fernflugstrecken, so daß dann täglich siebenmal eine Flugmöglichkeit zwischen Köln und Frankfurt bestehen wird. Die Flugzeit beträgt für die 150 Kilometer lange Entfernung nur eine Stunde gegen vier Stunden Eisenbahnfahrzeit. Der Flugpreis kostet 23 Mark und liegt nur wenig über den Eisenbahntarif 2. Klasse. Hin und zurück kostet der Flug nur 40 Mark. Mit der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrtsgesellschaft wurden Verabredungen getroffen, daß der Reisende nach Wunsch für die Hin- oder Rückfahrt ein Rheinschiff mit der gleichen Karte benutzen kann. Wir sind überzeugt, daß dieser Aerobusdienst gut benutzt wird. Dabei bedauern wir nur, daß es der Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten infolge ihrer schlechten Wirtschaftslage unmöglich ist, derartige Reisevergünstigungen zu genießen.

Anteil des Warenhauses an der Warenversorgung. In allen Großstädten hat sich in den letzten Jahrzehnten der Anteil der Warenhäuser an der Warenversorgung der Bevölkerung ständig vermehrt. In Deutschland stieg der Warenumsatz von 50 Millionen im Jahre 1900 auf 600 Millionen im Jahre 1913, 1130 Millionen im Jahre 1925 und 1600 Millionen im Jahre 1928. Das ist eine Entwicklung, die den Zug zum Großbetrieb im Warenhandel deutlich erkennen läßt. Der Anteil des Umsatzes der Warenhäuser am gesamten Einzelhandelsumsatz betrug im Jahre 1928 in Deutschland 4,3 v. H., in Großbritannien 4 v. H., in Frankreich 5,8 v. H., in Holland 8 v. H., in Schweden 1,8 v. H. und in den Vereinigten Staaten 16 v. H. In Deutschland haben die einzelnen Gruppen in v. H. vom Gesamtumsatz folgenden Anteil: Selbständiger Einzelhandel 80,6, Hausier-, Straßen- und Trödelhandel 6,3, Warenhäuser 4,3, Konsumgenossenschaften 4,0, Großfilialbetriebe aller Art, auch Kettenläden genannt, 3,4, Versandhäuser 1,0 und Wertkonsumanstalten 0,4 v. H. In deutschen Warenhäusern werden rund 97 500 Vollarbeiter beschäftigt. Der Zug zum Großbetrieb und zur Großunternehmung geht daraus hervor, daß im Jahre 1925 je Warenhaus 210 und im Jahre 1930 333 Vollarbeiter beschäftigt wurden. Eine erhebliche Anzahl der deutschen Warenhausbetriebe ist in vier Großkonzernen zusammengefaßt worden. Der Anteil des Warenhausumsatzes am Umsatz einzelner Handelszweige ist sehr verschieden. Er ist am höchsten bei der Damen- und Mädchenbekleidung und am niedrigsten bei den Nahrungs- und Genussmitteln. Der großkapitalistische Zug im Warenhandel wird durch die Entwicklung der Warenhäuser eindeutig gekennzeichnet.

Was bedeuten die beiden Worte Wi-Wo? Die beiden Worte Wi-Wo sind im Berliner Geschäftsleben nichts Neues. Sie bedeuten nämlich „Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtungen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes“. Es ist eine wirtschaftliche Selbsthilfeeinrichtung des ADB, wie sie der Deutsche Beamtenbund eine ganze Reihe hat. Wenn der ADB auch mit seinen Wirtschaftseinrichtungen nicht immer allzuviel Glück hatte, so haben diese doch sehr agitatorisch gewirkt. Der ADB mußte deshalb zur Gründung eines ähnlichen Unternehmens übergehen. Und so entstand die Wi-Wo, die zu einem äußerst ansprechenden Kaufhaus in der Lindenstraße zu Berlin sich entwickelte. Das Aktienkapital betrug 1924 50 000 und wurde mehrmals bis zu einer Million Mark erhöht. Aktionäre sind die dem ADB angeschlossenen Gewerkschaften. Als Hauptaktionäre fungieren der Gesamtverband der Einheitsverband der Eisenbahner, der Butab, Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten, und der Verband der Maschinenisten und Heizer. Als Finanzierungsinstitut für die Warenkredite tritt die Arbeiterbank auf. Ursprünglich stand nur ein kleiner Laden mit drei Angestellten zur Verfügung. Jetzt sind 50 Geschäfte in der Größe von 2000 Quadratmeter und 70 Angestellten vorhanden. Die Wi-Wo führt folgender Warengattungen: Herren- und Damenbekleidung, Wäsche, Hüte, Schuhe, Möbel, Teppiche usw. Der Umsatz der Wi-Wo hat sich ganz gewaltig gehoben. Die Gesellschaft zählt an die Aktionäre die sachungsgemäß Mäßige Höchstdividende von 5 v. H. Im vergangenen Jahre wurde dem ADB und den angeschlossenen Verbänden ein erheblicher Betrag für Bildungszwecke überwiesen.

Generalversammlung der Volksfürsorge

Wieder hohe Gewinnanteile für die Versicherten!

Im neuen Verwaltungsgebäude in Hamburg fand kürzlich die Generalversammlung der Volksfürsorge statt. Als Vertreter der Aktionäre waren bekannte Persönlichkeiten aus der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung erschienen, um durch die Beschlüsse der Generalversammlung erneut Zeugnis abzulegen von der gemeinsamen Wirksamkeit und der großen Leistungsfähigkeit des Versicherungsunternehmens der Arbeiterschaft. Der Vorstand legte den Rechenschaftsbericht vor. Vom Gesichtspunkte der gegenwärtigen Wirtschaftslage gesehen, kann das vorjährige Geschäftsergebnis nicht nur als befriedigend, sondern als durchaus günstig bezeichnet werden. Es ist selbstverständlich, daß bei der großen Arbeitslosigkeit viele Arbeitnehmer, selbst wenn sie das Bedürfnis nach einer Lebensversicherung haben, den Abschluß nicht durchführen können, weil es an den notwendigen Einkünften mangelt. Wenn es unter diesen Umständen doch gelang, 416 000 neue Versicherungen abzuschließen, ist dies ein Beweis des großen Vertrauens, das die Volksfürsorge in weitesten Schichten der arbeitenden Bevölkerung genießt. Der Versicherungsbestand am Ende des Vorjahres beziffert sich nach den Angaben im Vorstandsbericht auf 2 186 687 Versicherungspolice mit 880 793 456 Mark Versicherungssumme.

Vom Vorstand konnte insbesondere darauf hingewiesen werden, daß die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens auch unter dem jetzigen Krisenzustand nicht gelitten hat und in dieser Richtung liegende Zweifel vollkommen grundlos sind. So recht bekräftigt werden die letzten Ausführungen auch durch die weiteren Zahlen im Geschäftsbericht. Die Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen beliefen sich 1930 auf 59 343 863,39 Mark. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen erreichten 3 515 032,45 Mark. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Ueberschuß von 13 089 993,44 Mark. Auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates wurde durch die Generalversammlung die Verteilung des Ueberschusses wie folgt vorgenommen: (abgerundete Zahlen)

1. Für die mit Gewinnanteilen Versicherten 11,8 Mill. Mk.
2. Für den gesetzlichen und die übrigen Reservefonds 1,4 Mill. Mk.
3. Für Verzinsung des Aktienkapitals 0,05 Mill. Mk.
4. Vortrag auf neue Rechnung 0,15 Mill. Mk.

Diese Verteilung gestattet es wiederum, den mit Gewinnanteilen Versicherten in der

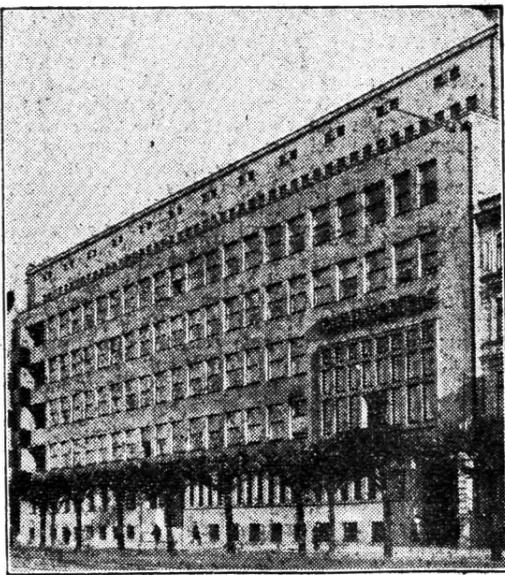
Volksabteilung 30 Prozent,
Lebensabteilung 35 Prozent

der Jahresprämie als Gewinnanteile gutzuschreiben. Darüber hinaus wird den 1924 mit Gewinnanteilen Versicherten noch nachträglich eine Erhöhung der Gewinnanteile in der

Volksabteilung um 10 auf 20 Prozent,
Lebensabteilung um 5 auf 25 Prozent

zugestanden. Die Bilanz schließt in ihren Endzahlen auf der Aktiv- und Passivseite je mit 140 108 812,79 Reichsmark.

Diese große Leistung war nur möglich durch das enge Zusammenwirken aller Kräfte. Die aufopferungsvolle Arbeit der Funktionäre, die umsichtige Verwaltung und die weitgehende Unterstützung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften und andere befreundete Organisationen haben daran großen Anteil. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1930 hat erneut unter Beweis gestellt, daß die Volksfürsorge nicht nur eine gute, sondern auch eine billige Lebensversicherung bietet. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Volksfürsorge ihre Leistungsfähigkeit noch bedeutend steigern kann, wenn alle Gewerkschaftskollegen daran denken, daß sie Versicherungen für sich und ihre Familienangehörigen nur bei ihr abschließen. Setzt sich diese Erkenntnis in diesem Jahr durch, wird es auch trotz der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse möglich sein, für 1931 ein günstiges Geschäftsergebnis zu erzielen.



Nach zweijähriger Bauzeit nahm am 1. Juni die Volksfürsorge ihr neues Verwaltungsgebäude in Hamburg in vollem Umfange in Betrieb. Das achtgeschosige Gebäude, direkt an der Außenalster gelegen, macht einen imposanten Eindruck. Es ist als Eisenstelettbau konstruiert. Das Aeußere zeigt eine schlichte Architektur. Zur Belebung der Fassade bestehen einzelne Umrahmungen aus grünem Porphyrt. Die Herstellung erfolgte in zwei Abschnitten und war eine willkommene Unterstützung des darniederliegenden Baugewerbes.

Die innere Einrichtung ist schlicht, aber zweckmäßig. Erfreulich sind insbesondere die großen hellen Büroäume, beiderseitig mit großen Fensterbändern versehen. Schmuckstücke des Hauses sind die beiden mit Zitronenholz verkleideten Sitzräume. Große luftige Umkleieräume für das Personal und helle Kantine, ausgestattet mit den modernsten Hilfsmitteln, sind ebenfalls vorhanden.

Bei allen neuen Bauten der Arbeiterschaft haben wir beobachtet können, daß die Zweckmäßigkeit immer im Vordergrund gestanden hat. So ist es auch beim Bau der Volksfürsorge. Jeder Winkel des Hauses und jeder geschichtete Stein ist zweckbestimmt. Besonders leicht gelingt es gerade dadurch den Arbeiterorganisationen immer wieder, auch einen architektonisch eindrucksvollen und wichtig wirkenden Bau zu erstellen.

Die Volksfürsorge begann bei der Gründung mit der Abwicklung der geschäftlichen Tätigkeit in zwei kleinen Räumen. Mit der Ausdehnung des Geschäftsbetriebes und mit dem ungeheuren Aufstieg des Unternehmens wuchsen auch die nötigen Räume und so entstand jetzt das Haus in Hamburg, in dem die Betreuung der 2,2 Millionen Versicherten erfolgt.

Die Volksfürsorge hat von besonderen Einweihungsfeierlichkeiten abgesehen und dafür den Arbeitslosen in Hamburg eine größere Summe zur Verfügung gestellt.

Adressenänderungen

1. Gau : Frankfurt (Oder). Vorj. u. Kass.: Otto Grieger, Wol-
lenweberstr. 20, I. — Neustettin. Vorj. und Kass.:
Johs. Raddag, Grünstr. 31.
Darlehmen. Vorj. August Grigo, Gutwaller Str. 156.
8. Gau : Nürnberg II. Vorj.: Johann Reuschel, Lohestr. 135.
9. Gau : Tiefenbach. Vorj. u. Kass.: Willi Schulz, Haus-Nr. 151.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Sonnabend, 4. Juli:
In Mannheim um 20 Uhr im „Komet“.

Sonntag, 12. Juli:
Mihendorf-Saarmund um 14 Uhr im Volkshaus.
In Rawaldau (Zahlstelle Grünberg) um 14 Uhr bei Walter.

Gau IV. Die Wohlfahrtseinrichtung im Steinzeuggewerbe. Die Kontrollen der Wohlfahrtstassen haben ergeben, daß die Arbeitgeber die fälligen Beiträge teilweise nur recht mangelhaft abgeführt haben. Im Regierungsbezirk Merseburg zum Beispiel sind von mehr als 100 Steinzeuggewerbetrieben bisher nur für insgesamt rund 300 Mark Quittungsmarken abgefordert worden. Ähnlich dürfte es auch in anderen Bezirken aussehen. Alle Mitglieder, soweit sie in Beschäftigung stehen, müssen umgehend in den Betrieben Kontrollen vornehmen und nachprüfen, ob Unternehmer die fälligen Beiträge abgeführt und die entsprechenden Wertmarken in die Wohlfahrtsbücher eingeklebt sind. Es liegt im eigenen Interesse aller Berufskollegen, ihre Unternehmer anzuhalten, die fälligen Wohlfahrtsbeiträge abzuführen. Unsere Kommissionsmitglieder können nicht wissen, welche Steinzeuggewerbetriebe Arbeitnehmer beschäftigen, deshalb müssen die Kollegen selbst nachhelfen und sich ihre Rechte sichern. Die Gauleitung.

Lübeck. Der Steinmetz Friedrich Hendrich, zirka 20 Jahre alt, aus Bausch, Kreis Rottbus, unorganisiert, hat in Lübeck als Streikbrecher gearbeitet. Jetzt ist er von hier verschwunden. Den Namen möchten sich unsere Verbandskollegen gut merken.

Briefkasten

Anfragen: W. Meine Schwester hat in meiner Abwesenheit ein Abonnement auf eine Zeitschrift mit Familienversicherung unterschrieben, das ich nun bezahlen soll. Meine Schwester hat nichts. Was ist zu machen? — Antwort: Dadurch, daß deine Schwester unterschrieben hat, bist du doch nicht verpflichtet worden, sondern lediglich deine Schwester. Du brauchst also nicht zu bezahlen. Ob es sich überhaupt um ein nützliches Rechtsgeschäft handelt, kann von hier aus nicht entschieden werden. Wende dich an die nächste Zweigstelle der Volksfürsorge.

K. Mein Sohn hat sich ohne meine Einwilligung ein Fahrrad gekauft. Er ist 19 Jahre alt. Mir wurde gesagt, daß der Vertrag direkt unwirksam ist. Wie ist das? — Antwort: Schließt der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit des Vertrags von der Genehmigung des Vertreters ab. Hier gibt es eine Ausnahme: Der Vertrag gilt als von Anfang an wirksam, wenn der Minderjährige die vertragmäßige Leistung mit Mitteln bewirkt, die ihm zu diesem Zweck oder zu freier Verfügung von dem Vertreter oder mit dessen Zustimmung von einem Dritten überlassen worden sind.

M.: Da wir kinderlos sind, möchten wir gern ein Kind annehmen. Welche Voraussetzungen sind zu erfüllen? — Antwort: Der Vertrag bedarf der Genehmigung durch das zuständige Gericht. Der Annehmende muß das 50. Lebensjahr vollendet haben und mindestens 18 Jahre älter sein als das anzunehmende Kind. Von diesen Voraussetzungen kann Befreiung bewilligt werden, von der Vollendung des 50. Lebensjahres jedoch nur, wenn der Annehmende volljährig ist.

Anzeigen

Seit 10 Jahren
Spezialanfertiger
Stiefel- und
Handschuh-
handlungsbund,
Garantie für
jedes Paar,
hochwertige
Qualität,
reelle
Belieferung.
A 14.75
portofr.



Nichtgefall,
gegen Be-
trag zurück
Herm.
Welbers
Berufs-
schuh-
werk
Bad
Godesberg

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau liefert
auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin S 31
Brunnenstraße 82

Bücher die in kein Zahlstelle fehlen
dürfen, für Betriebsräte
und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt
ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6

Vater Mutter Tochter Sohn
Radeln um die Wette schon.
Lindcar-Rad und
Sonnenchein
Das genügt zum glücklich
sein.

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Liegnitz. Am 15. Juni der Steinsetzer Gustav Rüdiger, 54 Jahre alt, 2 Jahre Herzleiden.
 - Dresden. Am 16. Juni der Schleifer Adam Paul, 54 Jahre alt, 4 Monate Herz- und Nierenkrankung.
 - Gommern. Am 18. Juni der Brecher A. W. Fritze, 77 Jahre alt, 4 Tage krank, Koprose.
 - Brandenburg. Am 19. Juni der Steinsetzer Walter Herrmann, 69 Jahre alt, 8 Monate krank, Magenkrebs.
 - Häslicht (Schlesien). Am 24. Juni der Brecher Hermann Döring, 66 Jahre alt, 2 1/2 Jahre krank, Lungentuberkulose.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebbel, Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Die Notverordnung der Reichsregierung vom 5. Juni überträgt der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Aufgabe, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern. Soweit es sich dabei um die Beteiligung unterjähriger Erwerbsloser handelt, kann sie dafür Mittel der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge verwenden. Bei diesem Arbeitsdienst handelt es sich um kein Arbeitsverhältnis, es gibt also keinen Arbeitslohn, kein Arbeitsrecht und keinen Arbeitsschutz für die Arbeitsdienstwilligen. Es wird gesagt, daß der Arbeitsminister die Gemeinden verpflichten kann, den Arbeitsdienstwilligen Unterkunft und Verpflegung zu gewähren. Er kann die Entschädigung dafür festsetzen. Der Arbeitsminister kann zusammen mit dem Finanzminister bestimmen, daß den Arbeitsdienstwilligen beim Vorliegen besonderer Voraussetzungen ein Betrag bis zur Höhe des ungefähren Unterschiedes zwischen der Arbeitslosenunterstützung und dem tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgelt gutgeschrieben werden kann.

Neben diesen ungeheuerlichen Bestimmungen, die den Arbeitsdienstwilligen aus dem Arbeiterschutz ganz heraushebt, überträgt die Notverordnung die Ausführung der Vorschriften außer öffentlichen Körperschaften auch privaten Vereinigungen, die sich mit der Einführung des Arbeitsdienstes oder Arbeitsdienstpflicht beschäftigen. Also den Wehrverbänden, wie dem Stahlhelm und dem Wehrwolf, den evangelischen Vereinen, die sich mit der Einführung befassen, dem Landwerk, das den Gutsbesitzern billige Arbeitskräfte vermittelt, usw. Diese Vereine und Verbände können geschlossene Formationen aufstellen, sie haben das Recht, ihrer Vereinigung einen amtlichen Anstrich zu geben. Damit ist nicht nur der Lohndruck amtlich sanktioniert, sondern auch eine große politische Gefahr geschaffen. Der Mißbrauch der Arbeitsdienstwilligen zu politischen Zwecken liegt im Bereich der Möglichkeit. Bemerkenswert sei auch, daß nach Berliner Zeitungsmeldungen in Schlesien bei Straßenbauarbeiten Arbeitsdienstwillige bereits verwendet werden. Sollten sich diese Meldungen als unwahr herausstellen, kommen wir darauf nochmals zurück.

Die Erfahrungen mit dem von privater Seite ausgehenden freiwilligen Arbeitsdienst ermuntern zu keiner Nachahmung. Das Landwerk und der Bund Artam, die den freiwilligen Arbeitsdienst seit einigen Jahren praktisch betreiben, können über günstige Erfolge nicht berichten. Der Bund Artam muß in seinem Bericht für 1930 zugeben, daß die Landwirte polnische Schnitter deutschen Arbeitsdienstwilligen vorziehen. Daß der Andrang der Jugendlichen zum freiwilligen Arbeitsdienst groß ist, ist erklärlich aus der großen Not der jugendlichen Arbeiter und der Unmöglichkeit, Arbeit in der Industrie zu finden. Sie arbeiten fürs Essen, schließlich auch, um aus der dauernden, sie zermürbenden Arbeitslosigkeit herauszukommen. Eine Anerkennung des freiwilligen Arbeitsdienstes ist damit nicht verbunden.

Die Unterstützung, die der freiwillige Arbeitsdienst durch die Unternehmer erhält, bedeutet für die Arbeiter eine Warnung. Sie werden nicht eine Sache fördern, die sich gegen sie richtet. In Reutlingen ist unter Leitung des Konjuls Ernst Wendler ein „Volksbund zur Förderung des freiwilligen Volksdienstes“ ins Leben gerufen worden, der sich mit der praktischen Durchführung befaßt. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ berichtet darüber: „In der Nähe von Reutlingen wird auf einem von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Gelände eine Siedlung ganz durch eigene Arbeit der aus Arbeitslosen, die sich freiwillig zu diesem Versuch anbieten, bestehenden Arbeitskammeradschaft auszubauen unternommen. Die Finanzierung ist so gedacht, daß durch Freunde dieses Gedankens Patenschaften für die Arbeitskammeraden übernommen werden; für eine Anzahl von Patenschaften ist schon gesorgt. Eine schlichte gebiegene Ausrüstung mit Arbeitskleidung ist von Reutlinger Industriellen dankenswerterweise hierfür gestiftet worden.“

Dieser Bau von Siedlungen mit Arbeitskräften, die für ihre Arbeitsleistung ein kleines Taschengeld erhalten, ist eine ernste Gefahr für die Bauhandwerker. Man verwendet Lohndrücker und schaltet den Bauarbeiter, der nur gegen Tariflohn arbeiten will, aus. Das „Gemeinschaftsleben“ muß sich in den schlichsten Formen abspielen.“ Der Untotenbeitrag wird für den Kopf und Tag auf 2 Mark berechnet, wovon Verpflegung gewährt, Material beschafft und Löhnung gezahlt wird. Ueberflüssig, Berechnungen darüber anzustellen, wie der Arbeitsdienstwillige lebt. „Die landwirtschaftliche Siedlung ist gewählt, um den Arbeitslosen Liebe zur Scholle und zur Betätigung auf dem Lande anzugewöhnen und dadurch der Verfallung unseres Volkes entgegenzuwirken. Erziehung zum Gemeinsein und zur Uneigennützigkeit soll das ethische Ergebnis dieses freiwilligen Arbeitsdienstes sein.“

Wendler hat 99 Leitfäden aufgestellt, die seine Gedanken über den freiwilligen Arbeitsdienst enthalten. Es heißt darin: „Der Gedanke des Volksdienstes richtet sich auf die Befähigung der Zwittertracht und der Wackelung des Gemeinseins, indem die Mitglieder bei gemeinsamer schlichter Lebensweise Vorurteile, Unabgeschlossenheit, Klassenhaß, Engstirnigkeit und Kleinlichkeit ablegen und durch ihr Beispiel der Entartung und Verflachung, der Selbstsucht und Gewinnsucht, der Rohheit und der Verweichlichung entgegenarbeiten, um wieder ein gesundes Volkstum aufbauen zu helfen.“

Der freiwillige Arbeitsdienst ist nicht geeignet, die Klassengegensätze, die der kapitalistischen Profitwirtschaft entspringen, zu beseitigen. Der Klassenhaß ist ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Durch die Zerflüftung der Menschheit in Klassen ist der Haß entstanden, der sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst nicht überbrücken läßt. Vielmehr ist diese Einrichtung geeignet, neue Saat für den Klassenhaß zu säen, indem der Arbeiter umsonst arbeitet und Werte schafft, auf die er nur ein geringes Anrecht hat. Die Vertiefung der Klassengegensätze wird gerade dadurch gefördert, daß der Arbeiter den Wert seiner Arbeit nicht bezahlt erhält, und wenn hier eine Organisation geschaffen wird, die Arbeiter umsonst, ja sogar gegen Entgelt anbietet, so bedeutet das eine Verschärfung der Gegensätze. Der Klassenhaß läßt sich daher nicht überwinden, daß man die Klüft zwischen Reich und Arm noch tiefer schaufelt, was durch den freiwilligen Arbeitsdienst geschieht, sondern durch gerechte Entlohnung des Arbeiters entsprechend des Wertes der geleisteten Arbeit. Bekommt der Arbeiter für seine Arbeitsleistung nichts, steht es der Unternehmer ein. Die Gewinnsucht, die beseitigt werden soll, wird gefördert, und der Gemeinsein untergraben.

Die Regierung geht bei ihren Bestrebungen von ganz falschen Voraussetzungen aus. Die Frage, die zu lösen ist, ist keine Frage des Arbeitswollens, sondern eine der Arbeitsbeschaffung. Der Arbeitswille ist bei der deutschen Arbeiterschaft vorhanden, er braucht ihnen nicht erst beigebracht zu werden. Das volkswirtschaftliche Problem der Arbeitsbeschaffung aber läßt sich nicht durch die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes lösen, sondern durch die Abkehr von der die Wirtschaftskrise verschärfenden Ausbeutung der Arbeitskraft. Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung sind keine geeigneten Mittel, die Wirtschaftskrise zu beheben und Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen.

Doch die Hintergründe des freiwilligen Arbeitsdienstgedankens sind auch noch andere. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ trifft zweifellos die richtige Feststellung, wenn sie schreibt: „Was wir daran zu bemängeln haben, ist dies: bei der Freiwilligkeit wird sich doch nur ein bescheidener Teil an sich schon ideal veranlagter junger Menschen zu diesem Volksdienst zusammenscharen; daneben vielleicht der eine oder andere Arbeitslose, um ein Unterkommen zu finden, aber nur so lange er nichts Besseres hat. Die große Masse unserer jungen Menschen dagegen, die durch die lange erzwungene Arbeitslosigkeit Gefahr laufen, zu verkommen und arbeitslos zu werden, würde dadurch kaum beeinflusst werden.“

Es geht eben, so wie die Verhältnisse einmal liegen, ohne Zwang nicht ab, wenn die Wirkung in die Breite und Tiefe dringen soll. So bleibt nichts weiter übrig, als endlich einmal ernst zu machen mit der allgemeinen Jugenddienstpflicht, die jeden jungen Deutschen, gleichviel welchen Standes und Berufes, trifft, und die daher keine Benachteiligung des einen gegenüber dem anderen bedeutet, die ähnlich wie früher die allgemeine Militärdienstpflicht für alle jungen Deutschen die Schule für die Erziehung zu vaterländischem Gemeinschaftsgefühl werden würde.“

Roediger, Reichsgeschäftsführer der Artamanenbewegung, eine Organisation, die Arbeitsdienstwillige vermittelt, sagt es noch

„Das Problem der Arbeitslosigkeit als Krise des Unternehmertums“

Wenn es auch noch im allgemeinen so ist, daß die sogenannte öffentliche Meinung den persönlich zu schämen pflegt, der durch geschäftliche Erfolge zu Wohlstand und Besitz gekommen ist, so hat doch trotzdem Hermann Lufft recht, wenn er in seinem Aufsatz „Das Problem der Arbeitslosigkeit als Krise des Unternehmertums“ („Abendland“, Heft 11) schreibt: „Der Unternehmer erfreut sich gegenwärtig geringer Sympathie in Deutschland“. Immer breitere Schichten des Volkes fangen an, sich mit volkswirtschaftlichen Dingen zu beschäftigen. Und das kann nicht hoch genug bewertet und freudig genug begrüßt werden. Je mehr die volkswirtschaftlichen Einrichtungen daraufhin untersucht werden, ob sie für das Volks- und Staatswohl vorteilhaft und zweckmäßig sind, desto mehr kommt das vertrauensselige, gebantenlose Bewußtsein, was ist, ins Wanken. Heute regt sich fast überall der Zweifel an der unbedingten Richtigkeit der herrschenden wirtschaftlichen Einrichtungen und Gepflogenheiten. Die Not hat nachdrücklich gemacht. In dem genannten Aufsatz wird die Notwendigkeit des privatwirtschaftlichen Unternehmertums bejaht: „Man kann nicht den wirtschaftlichen Fortschritt bejahen und den Unternehmer verneinen“. Am so schwerer wiegen deshalb die Vorwürfe, die der Verfasser dem Unternehmertum macht: „Das deutsche Unternehmertum erfüllt seine wesentlichste soziale Aufgabe nicht mehr in befriedigender Weise. Der Unternehmer soll neue Organisationen der Wertschöpfung ins Leben rufen, um eine bessere Güterversorgung der Gesamtheit herbeizuführen. In solcher wirtschaftlich neuschöpferischen Tätigkeit muß er die überschüssigen Arbeitskräfte einspannen und zum Nutzen der Gesamtheit zu verwenden wissen. Er muß verhindern, daß Arbeitskräfte ungenützt verkommen und verderben und sich dann gegen die bestehende Ordnung wenden, weil sie ihnen nicht das zu geben vermag, was das Wichtigste im Leben ist: sinnvolle Beschäftigung. Leistung für das allgemeine Beste. Die privatwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft droht an diesem entscheidenden Punkt in sich selbst zusammenzubrechen.“

Der Verfasser hält dem Unternehmertum einen Spiegel vor, der ihnen ein wenig schönes Bild zeigt. Dabei ist von Kapitalflucht, Steuerdrückbergerei, von Mammuthältern und Kiezengewandungen anderer Art, von Ueberbesetzung der sogenannten leitenden Stellen noch nicht ein Wort gesagt. Worauf es dem Verfasser ankommt, ist dies: er will zeigen, daß der Unternehmer in seinem Können und Willen versagt hat: „Sehr große Teile sowohl des selbständigen, als auch des nicht selbständigen, des beauftragten Unternehmertums, werden ihren Aufgaben keineswegs gerecht, so daß von einem sittlichen Zerfall des Unternehmertums in sich selbst gesprochen werden muß. Es handelt sich hier nicht um einzelne Versägen, die sich niemals vermeiden lassen, sondern um den weitgehenden Zusammenbruch des besonderen sittlichen Pflichtbewußtseins des Unternehmertums. Es steht fest, daß das Urteil der Unzulänglichkeit und teilweise vollständigen Unfähigkeit gegen einen sehr großen Teil unseres Unternehmertums zu Recht besteht.“ An anderer Stelle heißt es wieder: „Der innere sittliche und geistige Zerfall des Unternehmertums in einem neuen Feudalismus von Besitz und Macht hat dazu geführt, daß die Unternehmertätigkeit in weiten Kreisen der Beamtenschaft und der Arbeiterkassen falsch bewertet wird.“ Richtig ist nach Lufft die Forderung: „Weg mit dem unfähigen Unternehmertum! Wir wollen neue Männer haben, die fähig sind, die Unternehmeridee in schöpferischer Leistung zu ver-

offener, indem er erklärt, daß der „freiwillige Arbeitsdienst als Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht im großen Maßstab angesehen werden muß“. Auch der Stahlhelm rühmt sich, „heute schon stellenweise mit den Vorbereitungen eines freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt“ zu sein.

Daraus geht mit nicht falsch zu verstehender Deutlichkeit hervor, daß das Ziel des freiwilligen Arbeitsdienstes die Arbeitsdienstpflicht gedacht ist, die im militärischen Sinne organisiert und ausgezogen werden soll. Solche Bestrebungen können wir nicht unterstützen, denn sie sind nicht geeignet, das große Problem Arbeitslosigkeit befriedigend zu lösen.

körnern, Unternehmer, die imstande sind, wertvolle Arbeit zu schaffen!“

Eine solche Sprache ist von den überzeugten Befähigern der privatkapitalistischen Erwerbs- und Gewinnwirtschaft noch wohl nicht geführt worden. Die Vorschläge, die in dem „Abendland“ aufsatz zur Gebung des Unternehmertums gemacht werden, können leider ganz und gar nicht davon überzeugen, daß sie die Verhältnisse wieder bessern können. Es ist eine Sinnesänderung, eine Erziehungsänderung notwendig, meint der Verfasser. Das ist fraglos richtig. Aber eine solche innere Umstellung des Denkens und Wollens setzt doch wohl voraus, daß neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Ideale aufgestellt werden, damit der Profitwille, der Erieb, Geschäfte zu machen, den Boden verliert, auf dem er so üppig gedeihen konnte. Und das hält man in sogenannten bürgerlichen Kreisen nicht für nötig. Der Verantwortungssinn dem Allgemein- und Staatswohl gegenüber, der Wille zu dienen statt immer nur möglichst viel zu verdienen, wird niemals aus den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen hervorzunehmen; diese Verhältnisse erziehen lediglich zur Selbstsucht und zur Machtgier. Solange jeder Unternehmer seinen Weg für sich ging und der eine in dem anderen einen selbstverständlichen Gegner fand, mit dem er seine Kräfte messen mußte, war das Wesen der heutigen Wirtschaft nicht klar erkennbar; solange züchtete Unternehmertätigkeit auch vielfach Tüchtigkeit und selbst sittliche Stärke. Der Zerfall des Unternehmertums hat zwar nicht die eigentlichen Wurzeln in der Vergewaltigung des Wettbewerbsgedankens. Er ist aber sehr stark dadurch begünstigt und beschleunigt worden. Unzuverlässig war aber das Unternehmertum schon immer; denn das ganze Geschäftemachen ist seiner inneren Natur nach etwas, was sich im Verschwiegenen und Verborgenen abwickeln muß, weil es auf Geheiß und nicht selten auf Skrupellosigkeit fußt. „Geschäft ist Geschäft“, sagt man in Unternehmung und Handel leichtsin, wenn etwas sittlich nicht einwandfrei abgewickelt worden ist. Das Prinzip einer solchen Wirtschaft mußte sich einmal als vollständig falsch und unhaltbar erweisen. In Deutschland haben sich Unternehmertum und Händlerum vorwiegend nur deshalb organisiert, um mehr, als recht und billig ist, gewinnen zu können. Das zeigt der neue Kampf gegen die überhöhten Preise, wenn man überhaupt von „Kampf“ sprechen darf. Der vertrauensselige Käufer und Verbraucher ist ja noch längst nicht richtig wach und rege geworden. So ist leider damit zu rechnen, daß „der freiziehende Berg nur eine Maus gebären wird.“

Es muß anerkannt werden, daß der Verfasser „eine unternehmerlose Wirtschaft zeitlich und räumlich für möglich hält“. Auch die öffentliche Wirtschaft habe leistungsfähige Männer für ihre Unternehmungen gefunden. Wenn das so ist, dann kann man wohl nicht auf sagen, daß der wirtschaftliche Fortschritt davon abhängt, daß der privatwirtschaftliche Unternehmer erhalten bleibt. Der Fortschritt hängt tatsächlich von ganz anderen Dingen ab als von der Sucht nach Gewinn. Die gemeinwirtschaftlichen Ideen brechen sich Bahn, weil die individualwirtschaftlichen Ideen durch das sittliche und sonstige Verfallens des Unternehmertums Sinn und Inhalt verloren haben. Das hochtönende Wortgeklänge des Unternehmertums vom Individualismus soll nur die wahren Tatsachen des Wirtschaftslbens vergessen machen, es ist Täuschung und Selbsttäuschung. Es kommt jetzt darauf an, den neuen Unternehmer der öffentlich-rechtlichen und der gemeinmütigen Wirtschaft zu schaffen. —s.

Gemeinden als Mitglieder von Konsumgenossenschaften

ff. In den letzten Jahren mehrten sich die Fälle, daß bald größere, bald kleinere Gemeinden den Konsumgenossenschaften als Mitglieder beitreten, welche ihren Sitz in der betreffenden Gemeinde oder Verteilungsstellen in einem größeren Wirtschaftsbezirk mit mehreren Gemeinden haben. Man hatte erkannt, daß der genossenschaftliche Großlieferant bei Belieferung der Krankenhäuser und sonstigen sozialen Einrichtungen der Gemeinde besondere wirtschaftliche Vorteile bot, die noch durch gleichmäßige und einheitliche Qualitätslieferungen — vor allem in Kaffee, Wein, Brot usw. — den Vorzug vor einer Vielzahl von Privatlieferanten voraus hatte. Dazu kommt, daß das Risiko mit 30 bis 50 Mark Vorwärtsanteil und „im Falle eines Falles“ eines Betriebsunfalles (Konkurs) mit einer Summe von ebenfalls 30 bis 50 Mark (niedrig ist, daß jeder an der Gemeindeverwaltung Beteiligte es aus eigener Tasche bezahlen konnte. Außerdem sind solche Fälle in Deutschland jährlich mit einer einstelligen Zahl zu schreiben, wo der Privathandel schon vierstellig benötigt. Dagegen steht aber die Realität einer Ersparnis durch die der Gemeinde zuzuführende Rückvergütung auf ihren Warenumsatz bei der Konsumgenossenschaft, welche jährlich mit drei bis vierstelligen Zahlen geschrieben werden kann. Ja, es sind nachweislich Tausende an Reichsmark, die größere Stadtgemeinden auf diese Weise ersparen können und womit sie nur dem dringend eingeschränkten Gebot einer parlamentarischen Stadtverwaltung nachkommen, welches die sehr gestrenge Aufsichtsbehörde des jeweiligen Staates oder Städtchens den Vätern der Stadt alljährlich unter die Nase reißt. Trotzdem ruhmort es in allen 16 Vaterländern, Reichs-, Landes- und Gemeindeparlamenten der deutschen Republik, wenn irgendwo sich die schredliche Tatsache begibt, daß eine Gemeinde einer Konsumgenossenschaft als Mitglied beigetreten ist. Warum? Es sei „Verletzung der wirtschaftlichen Neutralität“ gegenüber dem Privathandel und den Wägern und Bäckern, wenn auch die Konsumgenossenschaft das Recht der wenn auch nur teilweisen Belieferung bekomme. (Die Mitgliedschaft einer Gemeinde bei einer Konsumgenossenschaft zwecks Belieferung von ihr ist notwendig, weil das Genossenschaftsrecht den Verkauf an Nichtmitglieder unter Strafandrohung verbietet und außerdem die Rückvergütung in diesem Falle mit einer 30prozentigen (!) Körperschaftsteuer und weiteren 20 Prozent Gewerbesteuer belegt werden kann!)

Dies neutrale „Gerechtigkeitsgefühl“ des Privathandels illustriert eine geradezu unmoralische Wirtschaftsauffassung. Denn die Konsumgenossenschaften müssen sämtliche Gewerbesteuer (einschließlich der staatlichen Gewerbesteuer) bezahlen, besitzen aber keine Gewerbesteuer! Denn wenn sie diese bezäßen, dann brauchte keine einzige Gemeinde die Mitgliedschaft bei einer Konsumgenossenschaft zu erwerben, um von ihr beliefert zu werden. Allerdings ginge sie auch der sehr großen finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile verlustig, die für sie mit der Mitgliedschaft verbunden sind!

Die Forderung des Beitrittsverbots verstoßt außerdem gegen das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, die glücklicherweise doch nicht so unter der Fuchtel des Staates stehen, daß ihnen auch die geringste selbständige Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete verlag wäre. Aus diesem Grunde hat auch beispielsweise der Handelsausschuß des Preussischen Landtags einen auf das Verbot hinführenden Antrag wirtschaftsreaktionärer Kreise

und Parteien abgelehnt, wie auch der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß des Württembergischen Landtags, wo übrigens der Antrag wiederholt verhandelt werden soll.

Wenn sich bei alledem die parlamentarischen Gesetzeher und der Privathandel überlegen wollten, daß nicht die Bäcker und Krämer, sondern die Verbraucher, häufig auch die genossenschaftlich organisierten Verbraucher mit ihren Familien, die Mehrheit der Gemeindebevölkerung bilden, so müßten die elementarsten Grundzüge der Gerechtigkeit und Sparsamkeit schon die Diskussion der Frage verbieten.

Empfehlenswerte Zeitschriften

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Reipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. W. 44, Inletstraße 6a. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mark.

Gewerkschafts-Werks. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Verlag Karl Zwing, Verlagbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 Mark.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. — Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137, wird kostenlos an den Kassenshaltern verteilt.

„Sozialistische Bildung“ erscheint monatlich mit ihren Beilagen „Büchermarkt“ und „Sozialistische Erziehung“. Preis 1,50 Mark für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin S. W. 68, Lindenstraße 2, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

„Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“. Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pf. Postankasten und Verlag J. H. W. Dieck, Berlin S. W. 68, nehmen Bestellungen an.

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pf. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

„Frauenwelt“. Halbmonatsschrift, Ausgabe A Preis 35 Pf., Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 45 Pf. Verlag J. H. W. Dieck, Nachfolger, Berlin S. W. 68. Bestellungen bei allen Postankasten und Buchhandlungen.

„Die Gemeinde“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. W. Dieck, Nachfolger, Berlin S. W. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pf. Zu beziehen durch alle Postankasten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

Die Monatszeitschrift der Bädergilde Gutsenberg, 32 Seiten stark, in Magazinformat. Diese Zeitschrift erhalten die Mitglieder der Bädergilde kostenlos. Neben interessanten literarischen Aufsätzen bringt die Zeitschrift „Die Bädergilde“, die stets reich illustriert ist, populärwissenschaftliche Beiträge, moderne Lyrik und seltsame Erzählungen.

„Der Bäderkreis“. Vierteljahrszeitschrift. Redigiert von Karl Schröder, 7. Jahrgang, 1931. Reich illustriert. 64 Seiten. Verlag „Der Bäderkreis“, G. m. b. H., Berlin S. W. 61. Preis 90 Pf.

„Arania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Notizen und Artikel, reich illustriert, aus allen Wissensgebieten, berichten über neue Entdeckungen und Erfindungen. Der „Arania“-Verlag in Jena stellt Prospekt und Probehefte gern kostenlos zur Verfügung. Abonnementpreis 1,60 bis 3 Mark. Je nach Buchbeilage (broch. oder Ganzleinen geb.) gibt es von den Heften drei Ausgaben, und zwar A, B und C.

Ein Daumier-Heft hat jetzt die Bädergilde Gutsenberg, Berlin, herausgebracht. Das Juniheft der Zeitschrift „Die Bädergilde“ widmet sich besonders dem größten Karikatüristen aller Zeiten: Honorar Daumier. Dem Inhalt dazu gibt das von Erich Knaut geschriebene, reich illustrierte Daumier-Heft der Bädergilde Gutsenberg demnach als Prämie für die Werbung um zwei Mitglieder herausbringt. Das vorliegende Heft enthält Reproduktionen von Holzschnitten und Lithographien Daumiers, einen Artikel über diesen genialsten Zeichner Frankreichs, eine längere farbenprächtige Karikelle von J. b. a. e. z. eine Erzählung von Ernst Precajano und Sumoresten von Walter A. u. e. t. Die Bädergilde Gutsenberg gibt ihre Monatszeitschrift kostenlos an ihre Mitglieder ab.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbroschen

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Gedicht hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Zur Notverordnung

Millionen Menschen darben
Ohne Arbeit, ohne Brot.
Unter schwarzweißen Farben
— grad als wäre das uns not —
ziehen im Paradezug,
Fürst und Prinzlein in der Mitte,
Kämpferlein vom Dritten Reich.
Erkennungszeichen: Birne weich,
Weil's verfassungswidrig wäre,
wenn man wollte die Pensionen
auch vom Abbau nicht verschonen,
heißt es nun: Mein Herr erkläre
Er sich doch zu der Geschichte.
Ob er doch vielleicht verzichte,
auf ein Teilchen vom dem Lohn?
Und ich ahn' es heute schon,
sie verzichten gleich auf alles,
schenken es der Republik.
Ist der Arbeitsmann im Dalles
Geh'n sie ja sooo gern „zurück“.

W. Liebers.

Die Wohnung der Zukunft

Auf der mit der Deutschen Bauausstellung in Berlin verbundenen Internationalen Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen werden eine Reihe von Forderungen für jede Wohnung, für jedes Grundstück und für jede Siedlung erhoben, die so wichtig sind, daß wir sie hier stichwortartig zusammengefaßt wiedergeben.

Für jede Wohnung wird gefordert:

Ein halbes Jahr Mittagsonne!
Wohnungen nur in querlüftbaren Vordergebäuden oder Zeilen!
Ausreichende Mindestgrößen für Wohn- und Schlafräume!
Fernhaltung von störenden Gewerbebetrieben, die Rauch, Ruß oder Lärm erzeugen; ferner ausreichende Schallsisolierung der Wohnräume!
Gute Konstruktion, solide Bauweise bei nicht zu hohen Gestehungskosten!
Aus Gesundheitsgründen keine Dach- und Kellerwohnungen!
Fort mit Seitenflügeln und Hinterhäusern, die den Wohnungen Licht und Luft nehmen!

Für jedes Grundstück wird gefordert:

Die Bebauung darf nur im Rahmen des Gesamtbebauungsplanes für den betreffenden Block erfolgen!
Lichtlose Höfe, Seiten- und Hintergebäude dürfen nicht errichtet werden.
Die häßlichen, den Nachbargrundstücken zugekehrten Brandmauern müssen in Zukunft vermieden werden!
Für jede Siedlung wird gefordert:
Große Hausabstände!
Vorgärten oder Rasenflächen als Schutz gegen Staub, Lärm, Erschütterung sowie für künftige Straßenerweiterungen!
Etwa notwendige Höfe sollen zu Gärten und Kinderspielflächen umgestaltet werden.
Die Baudichte ist herabzusetzen und durch Generalbebauungspläne die einheitliche Gestaltung der Blocks zu gewährleisten.

Wenn auch der vollständigen Durchführung dieser durchaus berechtigten Forderungen heute noch schwere Hemmnisse entgegenstehen, kann doch vieles schon heute bei der Neubebauung von Grundstücken und der Schaffung von Siedlungen durch die verantwortlichen Baubehörden getan werden. Und über die Baubehörde hinaus müssen sowohl die Architekten wie auch die Bauunternehmer immer wieder mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß ihre Tätigkeit nicht nur ein eigenwilliges Gestalten irgendwelcher Bauten sein darf, sondern daß sie sich unterzuordnen haben unter die zum Wohle der Bevölkerung notwendigen wohnungshygienischen Forderungen und die großen städtebaulichen Gesichtspunkte.

Film und Volk

kvt. Presse, Rundfunk und Film sind die drei Großmächte, die unser politisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben am stärksten beeinflussen können. Während jedoch im Pressewesen der sozialistische Einfluß sich durch einige hundert eigene Zeitungen und Zeitschriften bemerkbar macht und im Rundfunk durch die staatliche Kontrolle eine gewisse Unparteilichkeit herrscht, steht der Film völlig unter privatwirtschaftlichem, kapitalistischem Einfluß. Er gilt in erster Linie als Handelsware, als Mittel, Geld zu verdienen, und in zweiter Linie wird er in der Hand dieser Kreise zu einer recht gefährlichen Waffe im Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung, im Kampfe um die Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Spricht es nicht Bände, wenn der Leiter eines der größten Filmunternehmungen öffentlich erklärt, es könne nicht Aufgabe der Filmindustrie sein, mit einem Film kulturelle Ziele zu verfolgen, sondern es käme nur auf den Geschäftserfolg an? — Spricht es nicht Bände, daß wir mit Filmen überfüllt werden, die die gute, alte Zeit so eindringlich verherrlichen?

Wenn auch aufmarschierende Wachtparaden und Flötenkonzerte in Sanssouci vorübergehend einen recht ansehnlichen Kassenerfolg bringen, sollen sich die Herren der Filmindustrie doch nicht täuschen. Die große Masse der organisierten Arbeiterchaft will etwas anderes als diesen lächerlichen, verlogenen Kitsch. Die Arbeiterchaft will Filme, die ihre Erlebniswelt im Bilde und neuerdings auch in Bild und Ton wahrhaftig und lebendig gestalten. Die Arbeiterchaft will Filme, die dem Kämpfen und Ringen um eine neue, bessere Zeit Ausdruck geben. Wenn die Filmindustrie sich nicht rechtzeitig diesem kulturell-künstlerischen Willen großer Massen des Volkes anpaßt, dann könnte es vielleicht möglich sein, daß die Organisationen der Arbeiterchaft selbst in irgendeiner Form die Filme der Arbeit und der Arbeiterchaft schaffen werden, auf die uns die Filmindustrie bisher vergeblich warten ließ. Mäße zu dieser Entwicklung sind bereits vorhanden! Es wäre eine schwierige Aufgabe, die die Organisationen der Arbeiterchaft damit übernehmen würden; aber die Arbeiterbewegung hat bereits viele andere schwierige Probleme ge-

meistert, und sie wird auch in dieser Frage die kapitalistische Front durchbrechen!

Die Reklameoperation. Die schon etwas angejahrte amerikanische Filmhauspielerin Martha Petrelle hat es für notwendig gehalten, sich bei einem Spezialisten einer Schönheitsreparatur... Verziehung einer Schönheitsoperation zu unterziehen. Aber nicht etwa wie gewöhnliche Sterbliche im Operationszimmer des Arztes, sondern auf der Bühne vor 1500 Zuschauern, die den Nerventzettel mit Jazzmusik verbrämt vorgelesen bekamen. Was tut man nicht alles der Reklame wegen, und das Publikum hat keinen Sinn dafür, welche Geschmacklosigkeit ihm geboten wird, sondern es strömt in den Saal, um die Diva unter dem Messer zu sehen. Der Bericht vom Kriegsschauplatz meldete fünf ohnmächtige Frauen...

Vorbegende Gesundheitsfürsorge durch den Film. Der Wert der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge und der krankheitsverhütenden Aufklärung wird von den Krankenkassen immer mehr erkannt. Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Vorträge, Lichtbilder und Filme zeigen den bei den Krankenkassen Versicherten, was man tun soll und was man nicht tun darf, wenn man Krankheiten verhüten und den Weg zur Gesundheit finden will. Die organisierte Arbeiterchaft ist an diesen Bestrebungen außerordentlich stark interessiert. Sie will durch ihre Vertreter in den Vorständen und Aufsichtsstellen der Krankenkassen bewußt daran mitarbeiten, daß einmal die Krankenkassen ihre Pflicht gegenüber den Versicherten in vollem Umfange erfüllen und daß zum zweiten die Bestrebungen der von den Krankenkassen betriebenen krankheitsverhütenden Aufklärungsarbeit bei der Arbeiterchaft auf vollstes Verständnis stoßt. Viele Aufklärungsarbeiten hat zwei Wege zu gehen. Sie muß zeigen, wie die vorhandenen Umverhältnisse (Wohnung, Arbeitsplatz usw.) gestaltet werden müssen, um die Gesundheitsgefährdung auf ein Mindestmaß herabzubringen, und sie muß weiter die Möglichkeiten zeigen, die der Einzelmensch zur Verhütung von Krankheiten in seiner Hand hat.

Vorbildlich arbeitet hier der Hauptverband deutscher Krankenkassen mit seinem Sitz in Berlin, der einen eigenen Film-Gesundheitsdienst geschaffen hat. Er stellt abendfüllende Programme unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsförderung zusammen und verleiht die betreffenden Filme gegen eine geringe Gebühr an Krankenkassen und interessierte Verbände. Diese Programme sehen gewöhnlich in der Einleitung sozialhygienische Lichtbilder vor. Wir finden da Serien über die Gefahren des Tages, unsere Kleinsten in Wort und Bild, Ernährung des Kindes, Gefahren für unser Kind usw. Der Hauptfilm zeigt im Rahmen einer Spielhandlung gesundheitliche, hygienische Fragen ohne besonders aufdringliche und deshalb abstoßende Tendenz. Je nach der Länge des Hauptfilms folgen Kurz- und Trickfilme über Gesundheitsgefährdung, Leibesübungen, Wandern, Reisen, Landschaften und Städte.

Eine größere Zahl von Kassen überträgt die Veranstaltung solcher Filmabend-Organisationen, in denen hauptsächlich Krankenkassen-Versicherte zusammengeschlossen sind. Andere haben mit Lichtspieltheatern entsprechende Vereinbarungen getroffen und einige Kassen zeigen die Filme in eigenen oder gemieteten Räumen.

Je nach den örtlichen Verhältnissen wird es für die Gewerkschaften und andre Arbeiterorganisationen ein dankbares Feld sein, in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen die krankheitsverhütende Aufklärung in die Arbeitermassen zu tragen, um Gesundheit und Tatkraft des einzelnen und damit die Schlagkraft der Gesamtbewegung zu fördern.

Wir klagen an! Wer hätte ein größerer Recht, anzuklagen, als jenes große Heer von Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen, das das gegenwärtige System jedes Jahr um einige hunderttausend Menschen vermehrt, und für das zweifellos nicht so gesorgt wird, wie es diese Opfer der Arbeit verdienen.

Wir klagen an! Aber wir kämpfen auch, daß das Los der Arbeitsinvaliden gebessert werde und daß sie ihren Lebensabend nicht in Elend und Not beschließen müssen... Das ist der Grundgedanke des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen, und das ist auch der Grundzug des großen Films „Wir klagen an!“, den diese Organisation der Öffentlichkeit übergeben hat.

Gigantische Industriewerke ziehen in prachtvollen Aufnahmen an uns vorüber, Bilder aus dem Arbeitsprozeß, wie sie nur selten uns im Film gezeigt werden. Maschinen rufen und stampfen. Und inmitten dieses Lärmes steht der Mensch, der die Maschinen zu seinem Helfer errang und den die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch die Maschine zum Sklaven gemacht hat.

Die Maschine herrscht, sie gibt das Arbeitstempo an, sie jagt, bis der Mensch zermüdet neben ihr zusammenbricht und von diesem System als verbrauchte auf die Straße geworfen wird, der Not, dem Elend, der Verzweiflung preisgegeben!

Hier steht der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen mit seiner Tätigkeit ein. Rechtsberatung und Rechtsvertretung sichern die Ansprüche seiner Mitglieder auf Renten und Fürsorge. Das Organisationsleben gibt den Entrechteten Halt und neue Zuversicht. Die Vertreter der Organisation in den Parlamenten kämpfen mit den politischen Parteien um die Besserstellung der Opfer der Arbeit. Mehrere hunderttausend Mitglieder gewann die Organisation in den zehn Jahren ihres Bestehens, Zehntausende von Klagen wurden im Interesse der Mitglieder durchgeführt, weit in die Millionen geht die Summe, die die Organisation an Renten für ihre Mitglieder durchgeführt hat.

Das alles zeigt der Film „Wir klagen an!“, der so die Notwendigkeit des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen treffend nachweist und der dem Verbands wie der Herstellerfirma (DCA-Film, Berlin SW. 48) gleichermaßen zur Ehre gereicht.

Die Vorbestrafen

Untersuchungen, die Prof. Dr. Loebben, der Anstaltsarzt der Strafanstalt Münster, im Jahre 1930 gemacht hat, haben ergeben, daß von den Insassen des Zuchthauses 47 Prozent Psychopathen waren. Damit sind viele Bestrafte geistig und seelisch nicht normal, und es ist zu begreifen, wenn diese Menschen unter den heutigen schwierigen Lebensverhältnissen immer neu mit den Paragrafen des Gesetzes in Konflikt kommen.

Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Vorbestrafen im letzten Jahrzehnt gestiegen, wie die neue Reichskriminalstatistik zeigt. Auch die Zahl der mehr als viermal Vorbestraften wurde größer von Jahr zu Jahr. Es ist kein Wunder, wenn sich jetzt die augenblickliche harte Wirtschaftskrise auch an diesen Unglücklichen besonders auswirkt.

Geregelte Lebensverhältnisse eines geordneten Arbeitslebens sind das beste Vorbeugungsmittel für diese Psychopathen. Es bleibt nicht aus, daß diese Zeit der schlimmsten Arbeitslosigkeit auch in der Kriminalität zum Ausdruck kommt dadurch, daß diese Krisenzeit den aus der Strafanstalt entlassenen Menschen in so vielen Fällen den nötigen Lebenshalt der Arbeit vorenthält und den vielen anderen, die den wirtschaftlichen Halt als sittlichen Halt nötig haben.

Die Kriminalität steht auf das engste mit dem wirtschaftlichen Leben in Zusammenhang und alles Predigen und alle Morallehre ist vergebens, wenn der Mensch nicht in einem gesunden Arbeitsleben einer sozial gestalteten Wirtschaftsordnung sein sittliches Rückgrat hat.

Vom Krieg zum Frieden

Erich Maria Remarque, der Schöpfer des am meisten geliesenen und in der Welt in ca. 3 1/2 Millionen Exemplaren verbreiteten Kriegsbuches „Im Westen nichts Neues“, hat einen weiteren Roman geschrieben, der unter dem Titel „Der Weg zurück“ soeben als Buch erschienen ist. Der neue Roman ist als eine Fortsetzung des Remarquesischen Kriegsbuches zu betrachten, denn es knüpft mit seinen Ereignissen und Gestalten unmittelbar an diejenigen des Kriegsbuches an. Wie schon der Titel besagt, schildert das Buch die Rückkehr der Frontsoldaten in die Heimat. Es ist erfreulich, daß Remarque sich nicht nur auf die Schilderung des tatsächlichen Geschehens beschränkt, sondern es unternimmt, den gemaltigen psychologischen Prozeß der Umstellung vom blutigen Kriegshandwerk zur gestillten Bürgerlichkeit darzustellen.

Durch öftere Erfahrung ist man geneigt, Fortsetzungen von Romanen mit einer gewissen Skepsis in die Hand zu nehmen. Dies Vorurteil ist schnell überwunden, denn nach der Lektüre der ersten Seiten des „neuen Remarque“ ist der Leser gleich gefesselt. Dies erste Kapitel, das noch im Graben spielt, vereinigt nochmals alle Vorzüge des Kriegsbuches des Verfassers in sich, alle Momente, die uns diesen Roman von der ersten bis zur letzten Seite mit fieberhafter Spannung durchleiten ließen. Noch einmal ist hier das erschütternde Gesicht des Krieges gezeichnet, noch einmal erfahren wir das grausige Erlebnis der Todesnähe, seit vielen Jahren den Kämpfern zwar Gewohnheit, nun aber, in Erwartung des nahen Friedens, nochmals verstärkt zum Durchbruch kommend. Wir erleben noch einmal die Wirklichkeit der Schützengrabenkameradschaft, geschmiebt durch Schicksal und Interesse, die stärksten Komponenten gesellschaftlichen Geschehens, sehen die ersten Anzeichen des Zerfalls dieses Gebildes, der unaufhaltbar eintreten muß, je mehr der Gedanke an stärkere soziologische Bande Raum gewinnt, die manchen an die Heimat fetten.

Und dann ist Frieden. Nur langsam vermögen die Soldaten an diese neue Wirklichkeit zu glauben. Insbesondere die Jüngerer, die aus der Romantik der Knabenjahre in das Kriegsgeschehen hineingerissen worden sind, deren körperlicher und geistiger Reife-prozeß sich unter den Ausnahmebedingungen des Krieges vollzog, die man gewungen hatte, ihr Denken fast ohne Uebergang von kindhaftem Spiel auf höchstes Erfordernis an männliche Kraft und männlichen Charakter, die ständige Todesbereitschaft umzustellen. Insbesondere diese Jüngerer vermögen sich noch nicht mit den neuen Tatsachen abzufinden. Kaum eine Erinnerung festelt sie an die Heimat, alle Erinnerung bleibt auf dem soeben verlassenen Schlachtfelde zurück, dessen Erde das Blut der gefallenen Kameraden getränkt und ihre zerhobenen Leiber bedeckt hat.

Die Heimat meldet sich an, mit ihren umgestalteten politischen Verhältnissen. Es ist Remarque hoch anzurechnen, daß er aus seinem Werke keinen ausgesprochenen politischen Roman gemacht hat. Dies unterscheidet ihn vorteilhaft von dem Verhalten anderer auch sehr namhafter Schriftsteller, die in letzter Zeit versucht haben, politischen und sozialen Vorgängen in ihren Romanen zu vermischen. Meist haben diese nicht den Schatten eines Verständnisses für die komplizierten politischen Erscheinungen bewiesen, und es kommen natürlich nur Zerrbilder der Wirklichkeit dabei heraus. Anders Remarque. Er stellt die Menschen in die Ereignisse hinein, läßt sie die Zusammenhänge nicht übersehen, läßt sie rein gefühlsmäßig zu den Dingen Stellung nehmen. Er wagt nur, wo eine Wertung von allgemein menschlichem Standpunkt aus möglich ist. Dabei versteht es Remarque jedoch meisterhaft, die Fälle zu schildern, in denen politische Geschehnisse bei den handelnden Menschen zur Tragik werden. So ist es ihm z. B. trefflich gelungen, die Exponenten zweier entgegengesetzter politischer Anschauungen einander gegenüberzustellen, in den Figuren des Oberleutnants Heel und des Sanitäters Weil.

Szenen vollendeter Darstellungskunst sind Remarque wiederum gelungen: wie das Zusammentreffen mit den Amerikanern, bei dem die Zweifel an dem Sinn des blutigen Mordens laut werden, der erste Abend nach dem Ueberstreiten der deutschen Grenze, an dem alle in den Soldaten lange zurückgedrängten natürlichen Kräfte entseßelt sind, oder der Abschied auf dem Kasernenhofe und die Rückfahrt in die heimatliche Stadt.

Das Elternhaus tut sich auf und umfängt die Heimkehrer mit seiner Atmosphäre und Behaglichkeit. Es ist nicht leicht, sich daran zu gewöhnen, wie auch die Rückkehr zu gestillten Lebensformen ihre Schwierigkeiten hat. Ein Teil der Heimkehrer muß auf die Schulbank zurück, zu den Schulmeistern, deren Autorität man entwaschen ist. Großartig geschildert, wenn auch zweifellos überipigt ist der Zusammenstoß zwischen den Heimkehrern und dem Seminardekan, der ihnen eine Begrüßung im Stile der früheren Kaisergeburtstagreden widmet.

Dann beginnt der schwere Kampf mit dem bürgerlichen Alltag, mit dem doch nun jeder irgendwie fertig werden muß. Am leichtesten haben es noch die Gedankenlosen, die unkomplizierten Naturen, sie gehen ihren Geschäften nach, verdienen das Geld auf ebenso leichte Weise, wie sie es wieder ausgeben. Oder sie tauchen unter im bürgerlichen Beruf oder in der Familie. Schwerer haben es schon die Kameraden, die mit trockenem Herzen heimkehrten, zu Hause aber zerrüttete Eheverhältnisse vorfinden. Die Zeit muß erst diese Wunden heilen. Am allerschwersten haben es aber die Jungen, die sich vollkommen traditionslos auf diesem Boden bewegen.

Eingiger Lichtblick in diesem Dunkel ist noch die alte Schützengrabenkameradschaft. Aber ist nicht auch das eine Täuschung? Richtig! bei der ersten Gelegenheit zeigt sich, daß die alte Kameradschaft nicht mehr existiert, daß eine neue Form des Verkehrs sich anbahnt. Die Klassenpaltung, die den Charakter unserer Gesellschaft bestimmt, geht auch durch die Frontkameradschaft mitten hindurch.

Eine ungeheure Resignation geht von diesem Buche aus. Man sieht die Besten der Kameradschaft, die für die Zukunft Hoffnungen auf dem neuen Leben scheitern. Nur wenige vermögen das Chaos geistig zu überwinden, den „Weg zurück“ ohne gewalttätige Zerstörung bis ans Ende zu gehen. Der Weg zurück ist vorläufig noch ein Weg in die Einsamkeit, und man sieht noch nicht recht, ob er zu einer neuen Gemeinsamkeit führen wird.

Hier zeigt sich deutlich, was Remarque gelungen ist: die Gestaltung der Tragödie der jungen Intellektuellen, deren Schicksal es war, taufend Tode zu sterben, bevor sie greift, bevor sie ihre geistige Position im Leben errungen hatten. Wenn das Buch in seiner Konsequenz auf den Arbeiterleser wegen seiner individuellen Haltung unbefriedigend wirken muß, so ist das jedoch für die Wertung des Gesamtwerkes nur unwesentlich.

Man hat mit Recht daran gezweifelt, ob Remarques Kriegsbuch — wie viele andere Kriegsbücher auch — die Jugend in kriegsgegnertem Sinne beeinflusst. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet ist „Der Weg zurück“ eine notwendige und begrüßenswerte Ergänzung des ersten Romans. Hier wird das Kriegsgeschehen jeglicher Romantik entkleidet und in seinen schrecklichen Folgen für alle Beteiligten gezeigt. Es wäre daher zu wünschen, daß dieser zweite Roman Remarques eine ebenso zahlreiche Leserschaft findet wie sein Kriegsbuch.

W. Heif.